

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 45 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2.60 Mark.

Stuttgart
22. Januar 1912

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Clara Zetkin (Zundel), Wilhelmstraße,
Post Begetloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Der Zukunft entgegen. — Jungdeutschland. Von Mathilde Wurm. —
Zur Lage der Heimarbeiterrinnen in der Hutfabrikation. H. Von
Johannes Heiden. — Vom Proletarierhaushalt. Von E. L. —
Die Organisation der Arbeiterinnen im Buchbindergewerbe. Von
Emil Kloth.
Aus der Bewegung: Ein internationaler Gruß den deutschen Ge-
nosssinnen zum Wahlsieg des 12. Januar. Von Helene Anfermit.
— Die Genossinnen im Wahlkampf. — Von der Agitation. — Von
den Organisationen. — Aus dem ersten Berliner Wahlkreis. Von
R. R. — Politische Rundschau. Von H. B. — Gewerkschaftliche
Rundschau.
Notizenteil: Dienstoffotenfrage. — Soziale Gesetzgebung. — Frauen-
stimmrecht. — Frauenbewegung. — Verschiedenes.

Der Zukunft entgegen.

Die Hauptschlacht ist geschlagen, das eigentliche politische
Treffen von geschichtlicher Bedeutung, in dem die sozialen
Gegensätze scharf, stark zum Ausdruck kommen, die die trei-
bende Kraft des politischen Geschehens sind. Und wahrhaftig:
soweit es sich um die politische Entwicklung Deutschlands selbst
handelt und nicht um ihr schwächliches, verfälschtes Abbild
in der parlamentarischen Konstellation der Parteien, hat der
12. Januar mit wünschenswertester Deutlichkeit gesprochen.
Er hat einen Sieg des revolutionären Sozialismus gebracht,
wie er in der gegenwärtigen Situation glänzender nicht er-
hofft werden konnte, ja, wie er unsere kühnsten Erwartungen
übertrifft. Dieser Sieg ist schon an sich wichtig genug, seine
Bedeutung wird jedoch noch durch bestimmte Tatsachen erhöht.

Diesmal wird auch der gehässigste Verkleinerer unserer Er-
folge nicht behaupten können, die Sozialdemokratie habe es über-
ahnungslos, schlecht vorbereitete Gegner davongetragen. Und
auch das nur dank einem Heere unklarer Mittläufer, die ihr
als der schärfsten Oppositionspartei von der „Verdroffenheit“
über die Reichspolitik zugeführt worden seien. Ganz im Gegen-
teil! Was der Kolonialrummel im Zeichen der nationalen
Sammlungssphäre der Sozialdemokratie 1907 an solcher Ge-
folgshaft entrisen hat, das hat ihr der diesmalige Wahl-
kampf sicherlich nicht zurückgebracht.

Die Fußtritte, mit denen konservative und Regierung die
Liberalen — die Fortschrittler inbegriffen — aus dem bürger-
liche Politiker alleinigmachenden Regierungsblock hinaus-
geworfen hatten, waren nicht ganz wirkungslos geblieben.
Nachdem der Liberalismus für die Reaktion so viel getan,
daß ihm zu tun fast nichts mehr übrigbleibt, hatte er ver-
wogen den Hut des Frondeurs auf den kalten Schädel ge-
stülpt und sich in die Pose der Opposition geworfen. So
wenig das war, es genügte den bescheidenen Ansprüchen jener
klein- und mittelbürgerlichen Kreise, deren „Kampf“ gegen die
Reaktion sich darin zu erschöpfen pflegt, mit der Faust dröhnend
auf den Stammtisch zu schlagen und in vertrauester Runde
Majestätsbeleidigungen zu flüstern. Die bürgerlichen Elemente
aber, die als konsequente Verfechter eines grundsätzlichen
Liberalismus dem Fortschritt eine Gasse brechen wollten,
konnten sich um die „Demokratische Vereinigung“ scharren.

Daher ist unstrittig die Zahl der Wähler — zumal der bürger-
lichen Wähler — gering gewesen, die ihres Winters Miß-
vergnügen über die Reichspolitik durch die Abgabe eines
„roten“ Stimmzettels bekunden wollten. Soweit die Ergeb-
nisse der Hauptwahl vorliegen, wird dies durch das An-
schwollen der liberalen Stimmen bestätigt.

Das deutsche Bürgertum ist politisch regsam, aktiv gewesen,
wie kaum je bei Wahlen. Allein seine politische Aktivität hat
sich weit weniger gegen die vielberufene „Zunker- und Pfaffen-
herrschaft“ gelehrt, als vielmehr gegen deren kraftvollsten und
entschiedensten Feind: gegen die Sozialdemokratie. Nicht ein-
mal der „volle, ganze“ Linksliberalismus ist in einheitlicher,
geschlossener Front gegen rechts marschiert. Der Klassegegen-
satz zu den Rittern von Habenicht, die auf dem Boden der
bürgerlichen Gesellschaft nie Hütten bauen können, hat diese
Front überall dort gesprengt, wo die Sozialdemokratie, als
die Partei der Enterbten, als die Partei der sozialen Zu-
kunftshoffnung in einer Stärke auf den Plan trat, die bürger-
liche Mandate gefährdete. Das ist namentlich in Wahlkreisen
in die Erscheinung getreten — so in Stuttgart, Frank-
furt a. M. usw. —, wo das „liberale“ Bürgertum von vorn-
herein in den Wahlkampf mit der Losung zog: Sammlung
gegen die Sozialdemokratie. Ebenso auch in den gewaltigen
Industriegebieten von Rheinland, Westfalen, Sachsen, wo sich
Liberalen mit Konservativen, Zentrümern, Evangelisch-Sozialen
und noch anderen reaktionären Fraktionen gegenseitig Stich-
wahlhilfe zugesagt haben, um die verhasste Sozialdemokratie
zu werfen.

Der Anschluß nach rechts vollzog sich glatt, im Zeichen
des Imperialismus, dessen Ideologie der patriotischen Phrase
den gleißenden Deckmantel lieh, unter dem sich alle bürger-
lichen Parteien zu der einen reaktionären Masse gegen die
„vaterlandslose“ Sozialdemokratie zusammenschanden. Kon-
servative und sonstige unverhüllte Reaktionäre von rechts
jauchzten der Politik des Rüstungswahnsinns und der Kolonial-
abenteuer lärmend und unter Säbelkrasseln zu. Zentrümern
und Liberalen taten es, indem sie mit Friedenspalmen säckelten
und vom Standpunkt der „königlichen Kaufleute“ und der
„Hauptleute der Industrie“ über „Notwendigkeiten der deutschen
Nationalwirtschaft“ und der „Kulturpflicht“ ein langes und
breites redeten, barbarische und halbbarbarische Völker „an
der Hand zu nehmen“, eine erzieherische Tätigkeit, die durch
die bluttriefenden Greuel der Kolonialgeschichte aller Länder
fattsam illustriert worden ist. Im Wesen und in der Wirkung
bleibt das natürlich trotz des verschiedenen äußeren Brim-
boriums gehuppt wie gesprungen. Auf der ganzen Schlacht-
linie mußte daher die Sozialdemokratie ihre schärfsten Waffen
gegen die politischen Schutztruppen des Imperialismus richten,
mochten sie von rechts oder von links her diesem unheimlichen
Gesellen zuströmen. Der Zwang der geschichtlichen Umstände
sorgte dafür, unwidersprechener wie die Theorie, daß für ihren
Kampf ein „Hüben und Drüben“ nur galt.

Unter den 64 Mandaten — 11 mehr als in dem großen
Siegesjahr 1903 —, welche unsere Partei im ersten Wahlgang

gewann, befindet sich auch nicht ein einziges, dessen Eroberung ihr durch Unterstützung und Gönnerschaft des Liberalismus erleichtert worden wäre. Viele hat sie ihm selbst im heißen, zähen Kampfe abgerungen, alle sind sie nur der äußersten Anstrengung der eigenen Kraft, dem Aufgebot der proletarischen Massen zu verdanken. Dem Aufgebot der proletarischen Massen, die Treue für Treue übergend die Sozialdemokratie so weit in das Vordertreffen des Wahlkampfes getragen haben, daß sie noch an 121 Stichwahlen beteiligt ist, von denen sie 57 mit Fortschrittler und Liberalen ausfechten muß. Jedoch so wertvoll die Beute an Mandaten ist, mit der die Sozialdemokratie aus der Wahl Schlacht zurückkehrt, und ganz gleich, um wieviel sie ihre Sitze im Reichstag bei den Stichwahlen vermehren wird: das bedeutendste geschichtliche Ergebnis ihres Kampfes bleibt das millionentöpfige stolze Heer selbst, das sie um ihr rotes, internationales Banner gesammelt hat. Etwa 4/5 Millionen sozialdemokratische Stimmzettel sind nach den bis jetzt veröffentlichten Zählungen am 12. Januar zu der Urne getragen worden, rund eine Million mehr als 1907. Ungefähr ein Drittel aller Wahlberechtigten hat sich zum Sozialismus bekannt, hat der bürgerlichen Gesellschaft Todfeindschaft und Kampf angefangen. Wohin im Reiche man blickt, ist das „rote Meer“ reißend gestiegen. In den alten gefestigten Hochburgen der Partei ist nicht minder tapfer, begeistert, ausdauernd gerungen worden als in neu emporblühenden Mittelpunkten der Bewegung. Die Berliner Sozialdemokratie hat in den sechs Wahlkreisen ihre Stimmzahl um 56000 gesteigert, und das bei einer Vermehrung der Wahlberechtigten um nur 13000. Mit 308000 Stimmen haben in der Reichshauptstadt mehr als 60 Prozent aller Wahlberechtigten ihre Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie bekräftigt. Prächtig hat sich die Partei in Hamburg, in Bremen, Lübeck, Frankfurt, Erfurt und vielen anderen Großstädten geschlagen. In Sachsen hat sie im ersten Ansturm 15 Mandate geholt und mit 514964 Stimmen 128000 mehr als alle bürgerlichen Parteien zusammen auf sich vereint; reichlich 57 Prozent der gesamten Wahlberechtigten sind ihr in der Wahl Schlacht gefolgt. Das Zentrum hat in Rheinland-Westfalen große Wählermassen an die Sozialdemokratie verloren, in Württemberg, Bayern, Baden hat diese viele Zehntausende von Wählern gewonnen.

Die fortschreitende Entwicklung des Kapitalismus hat mit der Zuspitzung der Klassengegenstände, mit der Verschärfung der Klassenkämpfe ihr Werk getan. Die Sozialdemokratie hat es an dem Jhren nicht fehlen lassen. Das revolutionierte Sein der proletarischen Massen ist zum revolutionären Bewußtsein geworden. Das aber läßt sich nicht daran genügen, mit den Philosophen zusammen die Welt verschieden zu erklären. Es hat bereits den Willen geboren, sie durch den Klassenkampf zu verändern. Denn wahrlich: nicht zu kleinen parlamentarischen Mauseställen um Mandate zwischen den Parteien haben sich die vier Millionen Wähler um die Sozialdemokratie geschart. Sie ist ihnen die Führerin in dem gewaltigen weltgeschichtlichen Ringen um die Freiheit ihrer Klasse. Auch in dem Kampfe für billiges Brot und Fleisch, für Koalitionsrecht und soziale Reformen, gegen Zuchthausgesetze, Imperialismus und Absolutismus ist es für sie um das Ganze gegangen: um ihr Endziel, die soziale Revolution. Hinter den politischen Gegnern schauten sie den Hauptfeind: die kapitalistische Ordnung, und ihn wollten sie in der Gestalt der bürgerlichen Parteien schlagen. Die empordrängende Welt stellte sich zum Gefechte gegen die alte Ordnung der Ausbeutung und Anechtung des Menschen durch den Menschen. Daher riß diese Wahlkampagne begeisterte, kampfesfrohe Massen mit fort wie keine andere vor ihr, Massen, die infolge unseres undemokratischen Reichstagswahlrechtes nicht wählen durften, die jedoch zu kämpfen begehrten. Auffallend groß war in den sozialdemokratischen Wahlversammlungen die Zahl der jungen Männer unter fünf und zwanzig Jahren, die Zahl der Frauen, vom blühenden jungen Mädchen an, dessen Zukunft der Kapitalismus knicken wird, bis zur humpelnden Greisin, die er

um ihr Lebensglück betrogen hat. Zu vielen Zehntausenden haben Jugendliche und Frauen seit Monaten mit einer Eingabe, die weder Müdigkeit noch Opfer kannte, für den Sieg der Sozialdemokratie am 12. Januar gewirkt. Über diesen Siege strahlte ihnen allen der Polarstern des sozialistischen Endziels. Das machte die Massen stark und kühn. Die Gelder des Hansabundes und der Juliusstürmer, die Kanzelreden der Geschorenen und Gescheitelten, die Lügen der bürgerlichen Presse, die Verleumdungen einer beispiellosen Flugblattliteratur, die Drohungen, Rücken und Lücken der Behörden haben nichts gegen ihre stürmende Begeisterung vermocht. Die Besitzenden und Ausbeutenden mögen bei den Schritten des proletarischen Massenaufgebots erschrecken. Den Ausgebeuteten jenseits unserer Grenzpfähle kündigt ihr Rhythmus den Frieden. Sind die leztjährigen gewaltigen Demonstrationen des deutschen Proletariats gegen den Krieg — entgegen der Meinung Kurzsichtiger — die wirksamste Vorbereitung des Wahlkampfes gewesen, so ist die millionentöpfige Gefolgschaft der Sozialdemokratie die sicherste Bürgschaft des Friedens. Sie hat den Herrschenden gezeigt, welche Macht das Klassenbewußte Proletariat Deutschlands der lauernden Kriegesurie entgegenstellen kann, wenn es will. Und es wird wollen, denn es geht dann um hohen Preis.

Mehr als vier Millionen Wähler haben über die Politik der bürgerlichen Parteien und über die Ordnung der bürgerlichen Gesellschaft das Verdammungsurteil gesprochen, haben gelobt, mit Kelle und Schwert der sozialistischen Zukunft zu dienen. Hinter ihnen stehen Millionen, die nicht sprechen durften, die aber eins sind mit ihren Brüdern in dem Willen zur Tat. Und angesichts dieser überwältigenden geschichtlichen Erscheinung legt der „entschiedene Liberalismus“ bedächtig den Finger an die Nase, um die welterschütternde Frage zu prüfen, ob wirklich „der Expedient Zubeil“ der rechte Mann sei, um alle Interessen aller verschiedenen sozialen Schichten seines Wahlkreises zu vertreten, eines Wahlkreises, der so viel bürgerlichen Besitz und so viel bürgerliche Bildung beherberge. Die Frage zeigt den ganzen Hochmut, aber auch die volle Rat- und Verständnislosigkeit des Liberalismus, die geschichtliche Situation zu begreifen. Der „Expedient Zubeil“ und seinesgleichen mögen nicht kompetent sein, über die menschheitserneuernde Bedeutung von Verfassungsänderungen zu urteilen, sie mögen sich schweigen, wenn es um die Rechte des Dativ und Akkusativ geht, aber sie handeln im Kampfe um Menschenrecht und Freiheit, wenn bürgerliche Aristokraten und Wissenschaftler versagen, weil „die bleiche Handwerkerseel“ des Kapitalismus ihre Kräfte lähmt. Es ist ihre Klasse, die in diesen Schichten lebendig und mächtig ist, die Klasse, die historisch berufen ward, die Welt zu erneuern.

Staatsmännische und parlamentarische Rechenmeister zerbrechen sich jetzt die Köpfe über dem Exempel, wieviel Mandate der bürgerlichen „Linken“ nach Adam Riese bei den Stichwahlen zufallen müßten, damit die Mehrheit der Konservativen und Zentrümmer im neuen Reichstag gebrochen werde. Sie addieren und subtrahieren die Zahl der Sitze heraus, zu denen die sozialdemokratischen Wähler Fortschrittler und Nationalliberalen verhelfen sollten, und die Summe der anderen, um die die Sozialdemokratie mit Hilfe der Konservativen und Zentrümmer geprellt werden könnte. Sie tun, als ob Deutschlands nächste Zukunft davon abhängt, daß zur entscheidenden Nacht im Reichstag ausgerechnet der nämliche Liberalismus werde, den die deutsche Arbeiterklasse in dem Bülowblock mit den Konservativen zusammen am reaktionärsten Werke gesehen hat. Sie reden, als wüßten sie nicht, daß eine Linke des Reichstags, die ernstlich gegen die Reaktion kämpfen will, um so erfolgreicher sein wird, je stärker, maßgebender die sozialdemokratische Fraktion ist. Doch selbst diese Rechenkunststücke und Rechenfehler. Sie verschwinden vor dem Generalirrtum, die vorwärtstreibende politische Kraft in dem Parlament und nicht in den Massen außerhalb seiner Mauern zu suchen. Der Reichstag ist nichts als das kaufmännische Kontor, wo die politischen Werte gebucht und ver-

rechnet werden, welche die gewaltige Werkstatt des ökonomischen Lebens in den verschiedenen gesellschaftlichen Klassen geschaffen hat. Das Proletariat unterschätzt nicht die Erleichterung oder Erschwerung seines Befreiungskampfes, die eine Folge der parlamentarischen Konstellation sein kann. Aber es täuscht sich ebensowenig darüber, daß über Deutschlands nächste politische Zukunft das proletarische Massenaufgebot entscheidet, das die Wahlen gezeigt haben, vorausgesetzt, daß die Macht dieses Massenaufgebots genußt wird. Die Probe aufs Exempel wird der preussische Wahlrechtskampf sein, die Probe auch auf die kleinere Rechnung, was der Liberalismus wert ist, den die Sozialdemokratie — gewiß nicht um seinen Dank — im Kampfe gegen die offene Reaktion heraushaut. Das proletarische Massenaufgebot führt Deutschland der Zukunft entgegen.

Jungdeutschland.

Im Januar 1911 hat der preussische Kultusminister von Trost zu Solz durch seinen Jugendpflegeerlaß alle strebsamen Stützen von Thron und Altar energisch aufgerufen zur tatkräftigen Mitarbeit auf dem Gebiet der Jugendpflege. Der Erlaß forderte nicht allein die körperliche Ausbildung der deutschen Jugend, sondern als erste Aufgabe der Jugendpflege bezeichnete er „die Heranbildung einer frohen, leistungsfähigen, sittlich tüchtigen, von Gemein Sinn und Gottesfurcht, Heimat- und Vaterlandsliebe erfüllten Jugend“. Also die geistige und geistliche Beeinflussung der Jugend, kurz gesagt, ihre Vermutterung — das ist für das Kultusministerium das erstrebenswerteste Ziel. „Vornehmlich die oberen Schichten der Gesellschaft“ wurden zur Mitarbeit an dieser „nationalen Aufgabe ersten Ranges“ berufen, und die in Preußen-Deutschland „vornehmste“ Schicht, Militärs z. D. und a. D. gingen nun eifrig an die Arbeit. Daß sie sich bis dahin nicht im geringsten um die Erziehung der Jugend des deutschen Volkes gekümmert hatten, das beschwerte die Herren nicht. Allerorts wurde frisch darauf Los gegründet, die „nationalen“ Jugendvereine schossen wie Pilze aus der Erde. Ihre Tätigkeit richtete sich im wesentlichen auf Soldatenspielererei und Wesenverwandtes. Ihr Tun wurde von oben gefördert, da in diesen Vereinen gewissermaßen Vorschulen für militärischen Drill gesehen wurden.

Aber trotz aller Bemühungen war und blieb der Zulauf der Jugend zu den Vereinen nur gering. Deshalb versuchte ein Mann, der als Organisator der türkischen Armee sehr gerühmt wird — General-Feldmarschall Freiherr von der Goltz — eine andere Methode. Mit allerhöchster Genehmigung gründete er im November 1911 den Bund „Jungdeutschland“. Zum Beitritt zu dieser neuen Organisation forderte nachstehender Aufruf auf:

„Die sichere und glückliche Zukunft unseres Vaterlandes beruht auf einer kräftig gesund an Leib und Seele und wehrhaft heranwachsenden Jugend! Und gerade der Jugend drohen in unserer Zeit in leiblicher, sittlicher und vaterländischer Beziehung die größten Gefahren! Deshalb sind in allen deutschen Gauen von jeher treu-deutsche Männer und Frauen sowie vaterländische Vereinigungen an Werke, unserer schulentlassenen Jugend ein frohes Gedeihen zu körperlicher Kraft und sittlicher Tüchtigkeit zu erleichtern. . . . Soll ein voller Erfolg erzielt, soll die gesamte deutsche Jugend erfasst werden, so bedarf es der Mitwirkung der weitesten Volkstreife. . . .

Deutsche Väter und Mütter!

Wir brauchen ein starkes Geschlecht für die Zukunft unseres Volkes! Nur eine wehrhafte Jugend sichert den Staaten und Nationen eine glückliche Zukunft. Das lehrt die Geschichte aller Zeiten bis in die jüngste Stunde.

Darum sendet eure Kinder in die Vereine, die die körperliche und sittliche Erziehung im vaterländischen Geiste als ernstes Ziel vor Augen haben, und wo es an solchen Vereinigungen fehlt, helfst neue gründen als Glieder des Bundes „Jungdeutschland“ und hütet im Herzen der Jugend die Liebe zum Deutschtum und Vaterland.“

Am 13. November wurde unter dem Vorsitz des Herrn von der Goltz im Herrenhause zu Berlin der neue Bund gegründet.

Staatliche und kommunale Behörden waren vertreten, selbstverständlich auch das preussische Kriegsministerium, das Reichsmarineamt, die Militärturnanstalt, verschiedene Minister a. D., und eine ganze Reihe von Würdenträgern und Offizieren als Ehrengäste.

Bei der Eröffnungsrede des Freiherrn von der Goltz war es schon auffallend, daß er sehr ausführlich und nach allen Seiten hin versicherte, er denke nicht daran, den bereits bestehenden Vereinen Konkurrenz machen oder sie gar erdrücken zu wollen. Doch war sein Liebeswerben bei den konfessionellen Jugendbünden umsonst. Die evangelischen Jünglingsverbände ließen dem gründenden Herrn General durch ihren Vertreter eine platte Absage zuteil werden, „weil in den Satzungen des neuen Bundes das religiöse Moment vollständig ausgeschaltet sei.“ Der Vertreter der katholischen Jugendvereine drückte sich zwar um eine entscheidende Stellungnahme herum, erklärte aber, er hoffe, daß das religiös-sittliche Moment nicht verkürzt werde und daß sich nach dieser Richtung hin ein Modus vivendi (ein verträgliches Zusammenarbeiten) finden lassen werde.“

Begeisterte Zustimmung fand Herr von der Goltz eigentlich nur bei den ihm Geistesverwandten: Staatsminister von Sontag, Herr von Schenkendorf, General von Lindequist als Vertreter des deutschen Kriegerbundes, Geheimer Sanitätsrat Götz für die Deutsche Turnerschaft — jene vornehmste reaktionäre Hilfstruppe im Kampfe gegen die Freien Turner und die Arbeiterjugend —, ferner die Zentralstelle für Volkswohlfahrt und für deutsche Jugendfürsorge, das Kartell der deutschen Jugendwehren, der Fußball- und der Pfadfinderbund und noch einige „nationale“ Jugendvereine derselben Art. . . . Daß in diesem edlen Kreise Flottenkeim nicht fehlen durfte, ist selbstverständlich. Er rief dazu auf, daß dem deutschen Volke unter allen Umständen „die fehlende glühende Vaterlandsliebe“ beigebracht werden müsse. Offenbar sieht er im militärischen Drill für Vierzehnjährige das beste Mittel, der Jugend „die fehlende glühende Vaterlandsliebe“ einzuprügeln.

„Der Kampf gegen die Sozialdemokratie“ war das Lösungswort, unter dem sich alle diese Jugendfreunde zusammensanden. Nur darüber konnten sie sich nicht einigen, welches Mittel ihnen in diesem Kampfe am sichersten zum Siege verhelfe. Professor Albrecht, als Vertreter des Vereins für Volkswohlfahrt, sprach sogar die Befürchtung aus, daß man die Jugend mit dem Kampfe gegen die Sozialdemokratie gewiß nicht zurückerobern werde, da diese schon die Jugend für sich gewonnen habe. Er meint also offenbar, es sei besser, dieses Lösungswort nicht hinauszuschreiben, sondern mehr in der Stille zu wirken, um die Verlorenen wieder einzufangen. Professor Albrecht folgt damit den Spuren des Ministerialerlasses, in welchem genau derselbe Gedanke dreiviertel Jahr früher zum Ausdruck gelangte: „ . . . Zugleich aber ist überall mit Sorgfalt, wenn auch ohne nach außen irgendwelches Aufheben davon zu machen (im Original gesperrt!), die Pflege so zu gestalten, daß der Jugend . . . ein dauernder Gewinn für Leib und Seele zuteil wird.“

Das preussische Kultusministerium zeigte sich von der Neugründung des „Jungdeutschland“-Bundes keineswegs sehr erbaut. Es hatte gewiß seine geheimen Beklemmungen, ob auch die Erziehung zur Knechtseligkeit, die Vermutterung genügend sein werde. Der Vertreter des Ministeriums sagte zwar Worte, wie sie sich bei einer so löblichen, patriotischen Gründung geziemen, aber er sprach deutlich aus, daß sich das Kultusministerium jedes Übergreifen in sein Gebiet ganz energisch verbitte. Und um unter seinen Geheimräten, Regierungspräsidenten, Oberpräsidenten, Kirchenbehörden und Provinzialschulbehörden ja kein Mißverständnis über ihre Stellung zu „Jungdeutschland“ aufkommen zu lassen, erschien schon am 18. November — fünf Tage nach der Gründung des neuen Bundes! — ein neuer Ministerialerlaß. Den sämtlichen in Betracht kommenden Instanzen wird darin nahegelegt, daß „die Bestrebungen des neu gegründeten Bundes innerhalb des Rahmens und nach Maßgabe des Er-

lassen vom 18. Januar in zweckdienlicher Weise für die Jugendpflege dienstbar gemacht werden.“

Wer zwischen den Zeilen zu lesen versteht, für den besagt das: Das preussische Kultusministerium darf nicht offen und ehrlich gegen eine Sache sich wenden, die S. M. gut heißt und die von lauter treuen Vaterlandsstüben getragen wird, an deren Spitze gar ein Mann steht, dessen Einfluß sehr weitreichend ist. Aber in dieser Erziehung „zur körperlichen Erthüchtigung unserer Jugend“ — wie es neuerdings so schön heißt — sieht das verantwortliche geistliche Haupt Preußens nur ein Beiwerk, nicht die Hauptsache der staatsbürgerlichen Jugend-erziehung. Kommt doch die körperliche Erziehung der Jugend, wie sie Freiherr von der Goltz fordert und durch seine Gründung praktisch propagiert, letzten Endes den Forderungen der Sozialdemokratie: „Erziehung der Jugend zur allgemeinen Wehrhaftigkeit“, bedenklich nahe. Scheidet man all die patriotischen Phrasen aus, so verlangt Goltz eine gesunde Erziehung der deutschen Jugend. Daß der Jugend dabei schon der unbedingte Gehorsam mit Erfolg eingeimpft werden könne, glaubt er wohl selber nicht. Es gibt kein Nachtmittel, die freiwillig dem Bunde beitretende Jugend zum Gehorsam zu zwingen, denn bei allzu strenger Zucht bekommen selbst die vielversprechendsten jugendlichen Streber die Soldatenpielerei satt und laufen davon. Deshalb liegt dem preussischen Kultusministerium nicht sowohl an einer kräftigen Arbeiterjugend als daran, die Jugend zur Demut, zur Unterwürfigkeit zu erziehen. Die Fortbildungsschule soll in den Dienst dieser Jugend-erziehung gestellt werden; sie soll die Arbeiterjugend geistig knechten, sie zu Feinden der Klasse erziehen, der sie entstammen — das ist Sinn und Zweck all der Jugendfürsorge, die nicht den Kreisen der Arbeiterschaft entstammt.

Aber nicht nur im Ministerium für geistliche Angelegenheiten findet Herr v. d. Goltz Widerstand, auch in den ihm nahestehenden Kreisen des militärischen Drills ist man nicht durchweg begeistert von der ganzen Richtung. So schrieb ein Generalleutnant z. D. v. Weichenau sehr scharf in „Tag“ gegen die neue Art der Jugend-erziehung: „Die jugendliche Soldatenpielerei erfüllt die Knaben nur zu leicht mit einer Eitelkeit und Überhebung, die den sonstigen Aufgaben der Erziehung hinderlich werden muß. Uniformen, Fahnen, Paraden, öffentliche Bewunderung und Hurrabeifall bringen den Knaben falsche Begriffe über ihr Können und die Bedeutung ihrer Leistungen bei. Das ist ungesund, verdirbt den Charakter, klgt die Harmlosigkeit kindlicher Auffassung aus und begünstigt die Neigung zur Großmannsucht, die der modernen Jugend ohnehin gefährlich ist. Das beeinträchtigt auch die aufmerksame Hingabe an den Schulunterricht. Kann man erwarten, daß Knaben, denen noch die ihnen geltenden Hurras von gestern in den Ohren klingen, heute geneigt sein werden, sich aufmerksam mit wissenschaftlichen Dingen zu beschäftigen? Es taugt nichts, wenn Kinder an die Öffentlichkeit gezogen werden!“ Das ist eine bittere Pille für den Herrn Generalfeldmarschall v. d. Goltz, der mit seinem Jugendkorps in Uniform richtige „Abungen“ abhält, mit Schreckschupistolen schießen läßt und sich alle Mühe gibt, seine „Blauweiße Union“ richtig Krieg spielen zu lassen!

Aber mögen die guten Patrioten ihre Meinungsverschiedenheiten unter sich ausfechten; wir haben aus all diesen Dingen, auch aus dieser Neugründung „Jungdeutschland“, nur eine Lehre zu ziehen: Proletariereatern, wahret euer heiligstes Gut, eure Kinder! Unterschätzt nicht die Anstrengungen der bürgerlichen Jugendfreunde! Ihre Vereine wissen euren Kindern manches Verlockende zu bieten! Bei den herrschenden Klassen wächst in gleichem Maße mit der Furcht vor dem „Umsturz“, die nach Ausnahmegesetzen gegen die Sozialdemokratie schreit und schon die Jugend in der Schule in staats-erhaltende Vereine hineinzwingen will, auch das Bestreben, den proletarischen Nachwuchs durch Zuckerbrot zu gewinnen. Darum ist es die heiligste Aufgabe aller Proletariereatern, ihre Kinder in sozialistischem Geiste zu erziehen und die Schulentkassen der freien Jugendbewegung zuzuführen. Nur wenn diese Pflicht

gewissenhaft erfüllt wird, werden eure Kinder nicht eines Tages eure Feinde sein, sondern Kämpfer für den Sozialismus!
Mathilde Wurm.

Zur Lage der Heimarbeiterinnen in der Hutfabrikation.

Von Johannes Heiden.

II.

Niedrige Löhne, lange ausgedehnte Arbeitszeit, Nacht- und Sonntagsarbeit sind aber nur Glieder in der Kette von Not und Elend, die in sich geschlossen, die Heimarbeiterinnen fest umklammert hält. Eine fast unvermeidliche Folge der Heimararbeit für die Hausfrau, die auch den Anforderungen des Haushaltes gerecht werden muß, ist frühe Erschöpfung und fortwährendes Kränkeln. Dieser Zustand begreift zwar nicht immer ernstliches Kranksein und Arbeitsunfähigkeit in sich, ist aber auch weit entfernt von voller Gesundheit und normaler Leistungsfähigkeit. Von 40 Heimarbeiterinnen, die Angaben über ihren Gesundheitszustand gemacht hatten, waren 23 mit einem körperlichen Leiden behaftet. Nicht in allen Fällen mag die Heimararbeit die Ursache der Erkrankung sein, weil für den allgemeinen Gesundheitszustand von hervorragendem Einfluß die Einkommensverhältnisse sind, die nicht allein durch die Heimararbeit geschaffen und bedingt werden, doch sind die zahlreichen Augen-erkrankungen — 14 Heimarbeiterinnen waren augenleidend — zweifellos auf die Heimararbeit zurückzuführen. Neben Erkrankungen der Augen waren hauptsächlich allgemeine Nervenleiden anzutreffen, deren Ursache wohl mindestens zum Teil auch in der Überanstrengung zu suchen ist, zu der die Heimararbeit führt. Die häufigen Erkrankungen der Heimarbeiterinnen sind von um so größerer Bedeutung, als viele dieser Frauen keiner Krankenkasse angehören. Es ist klar, daß die nichtversicherte Arbeiterin im Krankheitsfall nicht so schnell die Arbeit aussetzt, sich schont und Maßnahmen zur Wiederherstellung trifft wie die Arbeiterin, die der Krankenkasse angehört, und die bei Krankheiten nicht nur ärztliche Hilfe und Heilmittel frei hat, sondern auch ein Krankengeld erhält, mag es auch gering sein. Die Folgen des Fehlens von Krankenfürsorge machen sich bei Frauen des Proletariats im allgemeinen schon mehr geltend als bei den Männern, bei den Heimarbeiterinnen natürlich ganz besonders.

Die Vorschriften der Gewerbeordnung über Arbeiterinnen-schutz, die die Fabrikarbeiterinnen wenigstens in bescheidenem Maße vor Gesundheits-schädigungen bewahren, existieren für die Heimarbeiterinnen nicht. Daß die Arbeit vielfach zur späten Abendstunde oder gar in der Nacht ausgeführt wird, erwähnten wir schon. Sie wird aber auch oft in ungeeigneten Räumen verrichtet, fast immer in einem Raum, der noch zu anderen Zwecken benutzt wird, häufig in der Küche. Für die Heimarbeiterinnen fehlt es sowohl während der Schwangerschaft wie des Wochenbettes an jedem nebenswerten Ausruhen. Von 28 Frauen, die während ihrer Beschäftigung als Heimarbeiterin niederkamen, hatten viele vor der Entbindung die Arbeit überhaupt nicht ausgesetzt, und manche hatten schon wenige Tage nach der Entbindung das Wochenbett verlassen und die Arbeit wieder aufgenommen.

Auch in der Hutfabrikation ist also die Heimararbeit fast ganz dem Einfluß der sozialen Gesetzgebung entzogen, vor allem macht sich das Fehlen jeder Schutzbestimmung bemerkbar. Für die Heimarbeiterinnen gibt es keine Begrenzung der täglichen Arbeitszeit, für sie gelten auch keine Vorschriften über die Beschaffenheit der Arbeitsräume, und keine Gewerbeinspektion sorgt dafür, daß wenigstens die minimalsten Forderungen der Gewerbehygiene erfüllt werden. Die Schutzbestimmungen der Gewerbeordnung über Regelung des Betriebs zur Vermeidung von Gefahren, gegen willkürliche Entlassungen, über Sonntagsruhe und Verbot der Nachtarbeit und Verbot oder auch nur Beschränkung der Arbeitszeit für Kinder und Jugendliche sind für die Heimararbeit nicht vorhanden.

Die schädlichen Wirkungen, die der Mangel des gesetzlichen Schutzes mit sich bringt, müssen sich um so mehr bemerkbar machen, als es den Heimarbeiterinnen an jeder Selbsthilfe fehlt. Sie sind gewöhnlich isoliert; ein Zusammenhang zwischen ihnen besteht nicht. Die Kraft, die die in Gewerkschaften zusammengeschlossenen Arbeiter besitzen und für die Besserung ihrer Verhältnisse wirken lassen, ist von den Heimarbeiterinnen noch nicht gebraucht worden, ja vielen von ihnen fast unbekannt. Sie stehen dem Unternehmer so gut wie wehrlos gegenüber; besonders in den kleineren Orten sind sie von ihm völlig abhängig. Werden sie von ihm nicht mehr beschäftigt, so verlieren sie entweder die geringe Einkommensquelle oder sie müssen auf die Verwendung und Verwertung der Geschicklichkeit und Fertigkeit verzichten, die sie durch jahrelange Übung erworben haben, und in einem anderen Gewerbe Arbeit suchen, was ihnen oft wegen des Fehlens von Industrien unmöglich ist. Wie sehr die Heimarbeiterinnen die Abhängigkeit vom Unternehmer als eine absolute fühlen, geht mit aller Deutlichkeit aus ihren Antworten auf die Frage hervor, wie Streitigkeiten aus dem Arbeitsverhältnis entschieden würden. Fast ausnahmslos erwiderten sie, „man muß sich fügen“ oder ähnliche Worte, die ausdrückten, daß der Wille des Arbeitgebers entscheidend sei. Von den Fabrikanten wurde fast immer erklärt, daß überhaupt noch keine Differenzen mit den Heimarbeiterinnen vorgekommen seien. Damit wurde der Zustand absoluter Herrschaft des Unternehmers bestätigt, den die Arbeiterinnen mit den Worten gezeichnet hatten: „Man muß sich fügen.“

Der vom Gesetzgeber als notwendig anerkannte Schutz der Fabrikarbeiterinnen wird durch die Heimarbeit fortwährend bedroht. Für die Fabrikarbeiterinnen besteht bekanntlich eine Begrenzung der Arbeitszeit und ein — von einigen Einschränkungen abgesehen — Verbot der Nachtarbeit. Der hierdurch beabsichtigte Schutz der Fabrikarbeiterinnen kann und wird durch die Mitgabe von Arbeit nach Schluß der Fabrik vereitelt. Zur Zeit flotten Geschäftsganges nehmen die Arbeiterinnen, wenn die Fabrik sie entlassen muß, Arbeit mit nach Hause und setzen sie dort fort, sehr oft unter ungünstigen hygienischen Verhältnissen und allen Verböten der Nachtarbeit zum Troß. Entgegen dem Antrag der Sozialdemokratie hat sich leider die bürgerliche Mehrheit des Reichstags nicht dazu entschlossen, das strikte Verbot der Mitgabe von Arbeit an Personen zu beschließen, „welche in Fabriken oder im Hausgewerbebetrieb beschäftigt sind“. Die nun geltenden Bestimmungen öffnen Umgehungen Tür und Tor.

Zur Hebung der Lage der Heimarbeiterinnen in der Hutfabrikation ist in den letzten Jahren nichts geschehen, abgesehen von geringen Erhöhungen der Löhne in einigen Fällen. Das ist auch nicht verwunderlich, wenn man daran denkt, daß die Heimarbeiterinnen der Branche nicht organisiert sind und daher aus ihren Reihen ein Anstoß zur Besserung der Verhältnisse nicht erfolgt. Die Unternehmer scheinen die Verhältnisse nicht für verbesserungsbedürftig zu halten. Von ihnen hat einer erklärt, daß er „Heimarbeiter im eigentlichen Sinne des Wortes nicht beschäftige und daher besondere Fürsorge nicht angebracht sei“. Viele haben die Fragen nicht beantwortet, was zur Hebung der Lage der Heimarbeiter in der Hutfabrikation geschehe und was zu diesem Zwecke noch geschehen könne. Einige versicherten, daß ihnen an der Erhaltung der Heimarbeit nichts liege, daß es ihnen vielmehr lieber sein würde, wenn die Arbeiterinnen in der Fabrik tätig wären.

Hierzu muß aber bemerkt werden, daß die Heimarbeit auch in der Hutfabrikation für den Fabrikanten mancherlei Vorteile hat, und daß er an ihrer Erhaltung doch bedeutend mehr interessiert ist als die Arbeiterinnen. Die Heimarbeit hält die Löhne niedrig, und der Fabrikant wird in nicht seltenen Fällen versuchen, Fabrikarbeiterinnen gegen Heimarbeiterinnen und umgekehrt Heimarbeiterinnen gegen Fabrikarbeiterinnen auszuspielen, das heißt er wird die Forderung nach höherem Lohne und besseren Arbeitsbedingungen der einen Schicht mit

dem Hinweis darauf abweisen, daß ihm aus der anderen Schicht genügend Arbeitskräfte zur Verfügung stehen. Weiter bietet die Heimarbeit dem Unternehmer den Vorteil, daß ihm die Unkosten für Beleuchtung, Heizung, Garn, Seide, Nadeln erspart bleiben, mit denen die Heimarbeiterin belastet ist. Er spart ferner die Unkosten für Bau und Unterhalt von Arbeitsräumen, und eine Ersparnis ist auch der Wegfall der Beiträge zur sozialen Versicherung. Wesentlicher Vorteil erwächst dem Unternehmer noch dadurch, daß die Heimarbeiterinnen jederzeit bereitstehen, und daß das Arbeitsverhältnis jeden Augenblick gelöst werden kann. Die Beschäftigung der Heimarbeiterinnen verursacht außer der Lohnzahlung keinerlei Unkosten, legt keine Pflichten auf, und ihrer Arbeitszeit sind keine gesetzlichen Schranken gezogen, so daß sie in Zeiten flotten Geschäftsganges weit über das Maß des für Fabrikarbeiterinnen gesetzlich Erlaubten hinaus beschäftigt werden dürfen.

Trotzdem die meisten Heimarbeiterinnen über unzulängliche Löhne klagten, sind sie sich selbst nicht klar über Wege, die zur Besserung führen könnten. Zur Selbsthilfe werden die Heimarbeiterinnen schwer greifen können. Sie fehlt einen Zusammenhang der Ausgebeuteten voraus, der bei den Heimarbeiterinnen fehlt, wenigstens jetzt noch fehlt. Um so notwendiger ist die Hilfe des Gesetzgebers; sie sollte auch schon aus dem Grunde einsetzen, daß die für Fabrikarbeiterinnen erlassenen Schutzvorschriften nicht umgangen werden können. Der Gesetzgeber kann durch eine Reihe von Maßnahmen eingreifen. Als deren wichtigste möchten wir Anordnungen bezeichnen, die Mindestforderungen an die Beschaffenheit der Arbeitsräume festlegen und die Arbeitszeit mit der in Fabriken geltenden in Einklang bringen. Die Ausdehnung der Gewerbeaufsicht auf die Heimarbeit ist selbstverständlich unerlässlich, da ohne genügende Kontrolle alle Vorschriften des Arbeiterschutzes keinen Wert haben. Nicht nur Arbeitgeber, auch Arbeiter übertreten diese, und die unaufgeklärten Heimarbeiterinnen werden in vielen Fällen daran gehindert werden müssen, „freiwillig“ sich Arbeitsbedingungen zu unterwerfen, die sie wie ihre Angehörigen schädigen. Die strenge Durchführung der Gewerbeaufsicht kann nicht aus dem Grunde unterbleiben, daß sie in das Familienleben eingreift. Durch die Heimarbeit selbst wird das Familienleben viel empfindlicher beeinträchtigt, als es die Kontrolle der Arbeitsverhältnisse je tun könnte. Und niemand kann wohl ernstlich die Berechtigung von Eingriffen bestreiten, die notwendig sind, um die Gesundheit und Leistungsfähigkeit des Volkes zu erhalten.

Eine weitere gesetzliche Maßnahme wäre nötig, um die heute zwischen Fabrikarbeiterinnen und Heimarbeiterinnen bestehende Konkurrenz zu beseitigen, die oft dazu führt, daß den ersteren bei Versuchen, ihre Arbeitsbedingungen zu verbessern, mit der Fortgabe der Arbeit an Heimarbeiterinnen gedroht wird. Das Gesetz hätte festzulegen, daß die Löhne der Heimarbeiterinnen den Löhnen in den Fabriken gleichstehen müssen. Dem Unternehmer bliebe trotzdem noch der Vorteil, an allgemeinen Unkosten — Miete, Beleuchtung, Heizung usw. — zu sparen.

Es müssen Instanzen geschaffen werden, die sowohl bei Streitigkeiten der einzelnen Heimarbeiterin mit dem Fabrikanten aus dem bestehenden Arbeitsverhältnis und dem geltenden Recht entscheiden wie auch vermittelnd wirken können, wenn es sich um die Festsetzung neuer Arbeitsbedingungen handelt. Die ordentlichen Gerichte sind zur Rechtsprechung in Fällen dieser Art ganz ungeeignet, weil ihr Verfahren viel zu schwerfällig und unverständlich ist. Eine Ausdehnung der Gewerbegerichte auf die Heimarbeiterinnen und auf alle Gemeinden sowohl für Arbeitgeber wie Arbeitnehmer würde vorteilhaft wirken.

Und die organisierte Arbeiterschaft, deren Errungenschaften durch die Heimarbeit ständig bedroht sind und deren Angehörige zum Teil unter den entsetzlichen Zuständen dort leiden, muß immer und immer wieder versuchen, in die Köpfe dieser doppelt und dreifach leidenden Proletarierinnen den Gedanken des Zusammenschlusses zum machtvollen Instrument der Gewerkschaft zu tragen. Sie darf sich dabei nicht durch die ge-

waltigen Schwierigkeiten abschrecken lassen, die der Organisation der Heimarbeiterinnen und ihrer Erziehung zum gemeinsamen Handeln und Kämpfen um Verbesserung ihrer Lage, um ein Aufwärtstreben entgegenstehen.

Vom Proletarierhaushalt.

Wer den Schilderungen der bürgerlichen Zeitungen Glauben schenken wollte, müßte die Vorstellung von einem geradezu glänzenden Leben der Arbeiterschaft gewinnen. Die „soziale Fürsorge“ von Unternehmern, Gemeinden und Staat soll nach bürgerlicher Auffassung jeden Proletarier, wenigstens in Deutschland, vor jeglicher Not beschützen. Insbesondere die hohe Steigerung der Löhne, so wird immer wieder versichert, mache den Arbeitern das Leben erträglich und zum großen Teile beneidenswert. Solchen bewußten Entstellungen ist es gut, amtliche Erhebungen über die Lage von Arbeiterfamilien entgegenzuhalten. So hat das Statistische Amt Halle im Jahre 1909/1910 die Jahreseinnahmen und Jahresausgaben von 49 Familien aus Halle und Umgegend zusammengestellt und das auf Grund von Haushaltungsbüchern, in die von den Haushaltungsvorständen sorgfältig alle Tage jede Ausgabe eingetragen wurde. Da nur besonders ordnungsliebende Personen sich der Mühe unterziehen, täglich ihr Wirtschaftsbuch zu führen, sind die Resultate um so wertvoller, als sie beweisen, daß selbst bei größter Sparsamkeit die Einnahmen nicht für die notwendigen Lebensbedürfnisse ausreichen. Im folgenden berücksichtigen wir nur die 31 Familien, die in der Stadt Halle selbst wohnten. Die übrigen lebten in Kleinstädten und auf dem Lande. Einnahmen in Naturalien, eigene Schweinezucht und Gemüsebau schaffen hier besondere Einnahmen und Ausgaben, die sich mit denen der Städter nicht ohne weiteres vergleichen lassen. Von den 31 Hallenser Familien hatten ein Einkommen

von 900 bis 1200 M.	4 Familien
• 1200 • 1600 •	17 •
• 1600 • 2000 •	7 •
über 2000 •	3 •

Das Einkommen zeigt diese Verschiedenheiten, weil sich unter den buchführenden Familien ungelernete Arbeiter, Handwerker, Maschinenmeister und Aufseher der städtischen Straßenreinigung finden. Ferner ist zu beachten, daß in dem Einkommen auch der Verdienst von Frau und Kindern mit-enthalten ist. Je größer das Gesamteinkommen einer Familie ausfällt, um so größer ist der Anteil des Mannes daran. Während in der Klasse 900 bis 1200 M. die Ehefrau 8,49 Prozent zur Gesamteinnahme zusteuert, sinkt ihr Beitrag in der Klasse über 1600 M. bis auf 0,61 Prozent. Die niederen Klassen sind also gezwungen, durch Mitarbeit der Frau und auch der Kinder ihre schlechten Einkommensverhältnisse etwas zu bessern. Ähnlichen Zwang übt große Kinderzahl aus. Bei Familien mit 2 bis 4 Kindern — unter 15 Jahren — verdienen die Frauen 3,09 Prozent und die Kinder 1,29 Prozent vom Gesamteinkommen. In Familien mit mehr als 6 Kindern stiegen die Einnahmen der Frau auf 5,77 Prozent, die der Kinder auf 6,85 Prozent. Je größer die Familie wird, um so weniger ist der Mann imstande, sie allein zu ernähren. Frau und Kind müssen mit verdienen.

Wenn die Betrachtung der Einnahmen schon darauf hindeutet, daß die Lage der Arbeiter durchaus keine glänzende ist, so wird diese Tatsache durch ein Studium der Ausgaben erst ins volle Licht gesetzt. Der Bearbeiter der Statistik schließt zunächst selbst aus der Verteilung der Ausgaben über die einzelnen Monate, daß sich überall ein „Sich-nach-der-Decken-strecken“ beobachten läßt. Einnahmen und Ausgaben werden aneinander anzupassen versucht. „Ist die Einnahme niedrig, werden auch die Ausgaben beschnitten. Eine Einschränkung, ein Sichanpassen ist unverkennbar.“ Das törichte Gerede, Arbeiterfrauen verständen nicht zu wirtschaften, daher befänden sich die Familien oft in Notlage, wird durch die angeführten Sätze vollkommen widerlegt. Nicht der Mangel an Wirtschaft-

lichkeit, sondern Mangel an Geld verursacht Notlage und Schulden. Selbst bei diesen ausgefuchst sparsamen und ordnungsliebenden Familien überstiegen die Ausgaben in einzelnen Monaten die Einnahmen, weil die notwendigsten Bedürfnisse eben befriedigt werden müssen.

An den Einzelausgaben haben die für Nahrung den größten Anteil (55,91 Prozent); es folgen die für Kleidung (14,12 Prozent), Wohnung (13,74 Prozent), Heizung und Beleuchtung (3,31 Prozent) und Sonstiges (12,92 Prozent). Bei einer Scheidung nach Einkommensstufen ergibt sich folgendes Bild:

Einkommensstufe	In Prozenten der Gesamtausgaben:				
	Nahrung	Kleidung	Wohnung	Heizung und Beleuchtung	Sonstiges
900 bis 1200	54,55	11,84	17,31	4,83	11,47
1200 bis 1600	59,47	14,02	13,10	3,40	10,01
1600 bis 2000	54,63	14,43	14,38	3,14	13,42
2000 bis 3000	46,58	14,93	13,42	2,63	22,44
Durchschnitt aller Stufen	55,91	14,12	13,74	3,31	12,92

Beachtenswert ist dabei, daß in der untersten Stufe der Anteil der Wohnung relativ groß ist. Trotz schlechter und billiger Wohnungen beansprucht diese Ausgabe eine Summe, die nicht mehr herabgedrückt werden kann. Beschnitten werden dagegen die Ausgaben für Kleidung und Nahrung. Der schlecht gelohnte Arbeiter muß in Lumpen gehen und hungern. Im übrigen steigen mit höherem Lohne die Ausgaben für Kleidung und Sonstiges (worin die für Steuern, Beiträge und geistige Bedürfnisse mit enthalten sind); die für Nahrung, Wohnung und Heizung sinken prozentual. Absolut nehmen sie natürlich für alle Ausgabegruppen zu. Ein Vergleich mit älteren Untersuchungen zeigt übrigens, daß ein Einkommen von 900 bis 1200 M. vor 25 Jahren (um 1885) heute dem von 1600 bis 2000 M. bei gleicher Lebenshaltung entspricht. Als Gesamtergebnis für die Nahrungsausgaben ergibt sich, daß mit größerer Einkommenshöhe der Verbrauch nach Güte und Menge steigt. Die Zunahme auch der Menge, und gerade bei den unentbehrlichen Nahrungsmitteln Brot, Fleischwaren und Milch, läßt den Rückschluß zu, daß Mangel an ausreichender Ernährung, also Unterernährung, bei den ärmeren Schichten vorliegt. Da aber nur Einkommen über 900 M. erfaßt worden sind, und da diese Einkommen auf ausnehmend sparsam und rationell lebende Familien entfallen, können wir für noch niederere Einkommen buchstäblich von einem Hungerleben reden.

Unter den „sonstigen Ausgaben“ nehmen die Steuern einen breiten Raum ein, so daß für gesellige und geistige Bedürfnisse allzu wenig bleibt. Das Zammern der bürgerlichen Blätter über die angeblich so hohen Organisationsbeiträge und die Ausgaben für die Arbeiterpresse beweist sich auch nach dieser Statistik als widerlichste Heuchelei. Die direkten Steuern zeigen mit zunehmender Einkommensgröße eine ganz bedeutende Steigerung. Von den indirekten Steuern sind die Abgaben für Salz und Zucker nach der Verbrauchsmenge berechnet worden. Salz- und Zuckersteuern treffen die unteren Einkommen sehr hart. Besonders die Salzsteuer lastet bei dem nicht zu umgehenden Verbrauch schwer, während der Zucker zu einer Art Luxusartikel werden muß, den sich nur Reichere leisten können.

So führt die Untersuchung auf die beiden Quellen des Proletariatselends. Die Kapitalisten stecken eine so große Profitrate ein, daß für die Arbeiter nur ein schäbiger Rest von „Verdienst“ übrig bleibt, der nicht einmal zur Befriedigung der notwendigsten Bedürfnisse ausreicht. Aber selbst der geringe Lohn wird noch erheblich geschmälert durch die herrschenden Parteien, die die unentbehrlichen Lebensmittel durch Zölle und Abgaben verteuern. Doch die beiden Quellen entspringen einem Felsen, der kapitalistischen Wirtschaftsordnung, die sich auf der Ausbeutung des Proletariats aufbaut. Diesen Felsen zu unterminieren, ihn in die Luft zu sprengen, ist mit die Aufgabe der organisierten Frauen, die täglich an sich und ihrer Familie die Folgen der Ausbeutung nur allzu sehr spüren müssen.

Die Organisation der Arbeiterinnen im Buchbindergewerbe.

Im Verlauf von wenigen Jahrzehnten ist aus dem zünftigen Buchbinderhandwerk eine kapitalistische Großindustrie geworden. Mit ihr hielt auch die billigere Frauenarbeit ihren Einzug und erlangte bald eine riesige Verbreitung, die noch unaufhörlich zunimmt. Im zünftigen Handwerk war die Frauenarbeit so gut wie verboten. Noch in den Gesellenartikeln von Nürnberg hieß es am Ausgang des achtzehnten Jahrhunderts: „Zum vierzehnten sollen diejenigen Gesellen, welche neben einer Magd arbeiten (die nur zur geringen und gemeinen Arbeit, nicht aber zum Heften und anderer Gesellen Arbeit gebraucht werden solle), deswegen zwei Tag und Nacht mit dem Leib in die Gefängnis gestraft werden.“ Eine gewaltige Änderung ist eingetreten. 1882 zählte man in der Buchbinderei und Kartonnagefabrikation Deutschlands erst 7461 Arbeiterinnen, 1907 dagegen 42423.

In Leipzig, der Wiege der deutschen Großbuchbinderei, bürgerte sich die Frauenarbeit in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zuerst ein. Hier fand sie zunächst beim Falzen und Heften Verwendung. Die männlichen Arbeiter setzten dem Eindringen der Frauenarbeit keinen besonderen Widerstand entgegen. Nicht etwa, weil sie die Berufsge nossin als „Kollegin“ ansahen. Nein! Davon waren sie als zünftig ausgebildete Gesellen weit entfernt. Statt Kollegin hieß es damals viel eher „Fabrikmensch“; wenigstens bei den Gesellen, die noch nicht inne geworden waren, daß eine neue Produktionsweise heraufzog, welche die Tendenz hatte, die Unterschiede zwischen gelernter und ungelerner, männlicher und weiblicher Arbeit zu verwischen, und damit letzten Endes den Zusammenschluß aller Arbeiter und Arbeiterinnen herbeiführen mußte. Dem Funktionssphären entsprang die Willigkeit, den Frauen die mehr mechanischen Arbeiten zu überlassen. Dem Ehrgefühl des „ehrlich gelernten“ Gesellen lief es zuwider, immer ein und dieselbe geistlose, einförmige Arbeit zu verrichten; war er doch gewohnt und hatte in vier- oder gar fünfjähriger Lehrzeit die Kunst erworben, die Bücher von A bis Z fertig zu binden. Neben der Frauenarbeit erhielt sich jedoch selbst in Leipzig die Männerarbeit bei solchen Verrichtungen, die damals zum Teil an die Arbeiterinnen gefallen waren und heute ausschließlich ihnen obliegen. So finden wir im Leipziger „Tarif für Buchbinderarbeiten“ von 1873, der nur für Gesellen aufgestellt war, unter anderem Preise für Falzen, Heften usw.

Die Weitblickigsten unter den Buchbindern erkannten allerdings schon damals, daß auch die Organisierung der Arbeiterinnen eine Notwendigkeit sei, sollte den schädlichen Wirkungen des aufsteigenden Kapitalismus ein Damm entgegen gesetzt werden. Deshalb hatten die Gründer des „Internationalen Vereins für Buchbinder und verwandte Geschäftszweige“ im Statut bestimmt, daß auch die Arbeiterinnen beitragsberechtigt seien. Allein dieser 1869 gegründete Verein fiel der Kriegsbegeisterung von 1870/71 zum Opfer, 1873 entstand ihm ein Nachfolger im „Verband der Buchbinder“, der unter dem Senterbeil des Sozialistengesetzes 1878 sein Leben aushauchte. Diese Gewerkschaft nahm jedoch keine Arbeiterinnen auf. Der Rückschlag hielt ziemlich lange an. Noch die Tagung der Buchbinder vom Jahre 1889 zu Hannover beschloß: „Der Verbandstag erklärt sich im Prinzip für Zulassung der Frauen zum Verband, hält aber den gegenwärtigen Zeitpunkt nicht für geeignet, dies zu tun.“ Zwei Jahre später wurde jedoch auf dem Verbandstag zu Altenburg einstimmig die Aufnahme der Arbeiterinnen in die Organisation beschlossen.

Vorher schon war man daran gegangen, örtliche Vereine der Arbeiterinnen des Gewerbes zu gründen. So in Leipzig, wo im August 1889 eine vorbereitende Versammlung stattfand, der die endgültige Gründung eines derartigen Vereins im September folgte. Nicht weniger als 400 Arbeiterinnen in Buchbindereien erklärten ihren Beitritt. Damals strömten im ersten Begeisterungsschub sofort Hunderte in die Organisation, kehrten ihr aber auch ebenso schnell wieder den Rücken. Was Wunder, wenn nach einigen Wochen von den 400 Mitgliedern nur noch

50 übrig waren. Nach einigen Monaten segnete bereits der Verein das Zeitliche.

Nicht viel besser ging es in Dresden, wo 1890 ein Arbeiterinnenverein mit 45 Mitgliedern und 10 Pf. monatlichem Beitrag ins Leben gerufen wurde. Er hatte bereits seinen Lauf beendet, als im November desselben Jahres der Buchbinderfachverein sein Statut dahin abänderte, daß auch alle in der Papierbranche beschäftigten Arbeiterinnen beitragsberechtigt wurden.

Wenn zu jener Zeit zunächst besondere Arbeiterinnenvereine gegründet wurden, so geschah das in der vorherrschenden Meinung, die Frauen würden so leichter für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen sein. Selbst als sich in Leipzig und Dresden diese Annahme als irrig erwiesen hatte, machte man in Berlin 1891 noch denselben Versuch. Die Erfahrungen waren allerdings nicht besser. Es wäre unberechtigt, aus diesen Experimenten einen Vorwurf gegen die Führer der damaligen Buchbinderbewegung herzuleiten. Sie mußten die richtige Form der Organisation für die Arbeiterinnen ausprobieren. Probieren geht über Studieren!

Eine etwas eigenartige Stellung zur Arbeiterinnenorganisation nahmen die Hamburger Buchbinder ein. In ihrer Generalversammlung vom 16. Oktober 1890 stimmten sie der folgenden Resolution zu: „Die heute in der Lessinghalle tagende Generalversammlung der Buchbinder erklärt sich mit der Organisation der Frauen und Mädchen der Papierbranche einverstanden und beschließt, mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln auf gesetzlichem Wege dahin zu wirken, daß die Frau aus der Industrie befreit und der Familie zurückgegeben wird.“ Diese widerprüchsvolle Resolution erfuhr als Ausdruck rückständiger Auffassung im Verbandsorgan eine herbe Kritik. Am 7. Dezember 1890 tagte in Hamburg eine Versammlung der Arbeiter aller graphischen Berufe. Sie beschloß, daß die Arbeiterinnen im graphischen Gewerbe — also auch die der Buchbindereien — sämtlich dem Verein der Buchdruckerhilfsarbeiter zugeführt werden sollten. Der Beschluß hat unseres Wissens niemals praktische Bedeutung erlangt.

Wo eine Schicht des Proletariats anfängt, die Bedeutung der Organisation zu erfassen, wie könnte da die „Hochwohlweise“ müßig zusehen. Und richtig, sie war auch überall „mitten mang“, wo die bisher so gedulden Arbeiterinnen sich zu rühren begannen. Am schlimmsten trieb es die Polizei in der verpönten ehemaligen freien Reichsstadt Frankfurt a. M. Zuerst wurden 1891 die Fachvereine der Schneider und Posamentierer aufgelöst, weil sie unter anderen todeswürdigen Verbrechen auch „Frauenspersonen“ aufgenommen hatten, wie es im lieblichen Polizeijargon hieß. Dann sollten auch die Buchbinder davon glauben müssen; der Verbandsvorstand gab daher schleunigst die Weisung, die Arbeiterinnen auszuschließen und sie in einem besonderen Lokalverein zu organisieren. Dieser Rat wurde befolgt, allein wer vermag die Weisheit der irdischen Vorsehung zu ergründen? Nicht lange, so hatte sie herausgefunden, daß der „Allgemeine Arbeiterinnenverein für Frankfurt und Umgebung“ aufgelöst werden müsse, weil er ein politischer sei und nicht nur „Frauenspersonen“ aufgenommen habe, sondern sogar — schrecklich zu sagen — nur aus solchen bestehe. Nach längerem Prozeßieren erreichte man allerdings, daß die Schließung des Vereins wieder aufgehoben werden mußte, die Leiterinnen aber wurden wegen Übertretung des Vereinsgesetzes mit Geldstrafen belegt.

Mit dem Verbandstag von 1893 endet die Kinderzeit der Arbeiterinnenorganisation im Buchbindergewerbe. Die bis dahin bestehende föderative Form der Buchbindergewerkschaft als ein Verband von Vereinen war zum Teil mitbestimmend gewesen, daß besondere Arbeiterinnenvereine gegründet wurden. Das änderte sich, als dank dem Beschlusse des Verbandstags die Organisation in einen straffen Zentralverband verwandelt wurde. Besondere Arbeiterinnenvereine neben den örtlichen Fachstellen zu gründen, das ging nun nicht mehr an. Abgesehen erwies sich bald die Überlegenheit der einheitlichen Organisation aller Berufsangehörigen. Der allgemeine Mitgliederstand stieg rasch, wenn es auch nicht

sofort die Arbeiterinnen waren, die dem Verband zuströmten. Dieser zählte Ende 1893 unter seinen 2811 Mitgliedern nur 211 weibliche. Die ersten umfassenden Lohnbewegungen zeigten jedoch, daß der Verband an den organisierten Arbeiterinnen zuverlässige Kämpferinnen gewonnen hatte, wenigstens soweit die Großstädte in Frage kamen, die den überwiegenden Teil der weiblichen Mitglieder stellten. Ende 1896 musterte der Verband schon 1465 weibliche Mitglieder; diese machten bei 6258 Organisierten insgesamt also fast 25 Prozent der Mitgliedschaft aus. Dieser Anteil erhöhte sich bis Ende 1903 nicht erheblich, damals wurden bei 12254 Mitgliedern überhaupt nur 8823 weibliche gezählt. Nun aber setzte eine stärkere, beschleunigte Aufwärtsbewegung des weiblichen Mitgliederstandes ein. Der Buchbinderverband umschloß am Ende des dritten Quartals 1911 bei insgesamt zirka 30100 Mitgliedern zirka 15650 Arbeiter und zirka 14450 Arbeiterinnen; das ist also ein Verhältnis von 48,5 Prozent weiblicher Mitglieder.

Weder der Buchbinderverband, noch seine weiblichen Mitglieder haben es zu bereuen gehabt, daß sie sich zusammengeschlossen haben. Gewiß drängte die ganze technische Entwicklung des Gewerbes zu der Vereinigung. Aber bestimmte Umstände wirkten auch gegen sie. Die Arbeitgeber waren stets geneigt, die billigere weibliche Arbeitskraft gegen die teurere männliche auszuspielen und suchten dabei die Kurzsichtigkeit der Arbeiterinnen zu erhalten, ihren Egoismus anzustacheln. Andererseits legten die Herren den Gehilfen nahe, sich nicht um die Organisierung der Arbeiterinnen zu kümmern, da man sich dann um so leichter über die Gehilfenlöhne einigen werde. Es zeugt von der guten gewerkschaftlichen Erziehungsarbeit des Buchbinderverbandes, wie von der Einsicht der Arbeiterinnen, daß solche Bemühungen kein Gehör fanden. Die Arbeiterinnen des Buchbindergerwerbes stehen ihren Berufsgenossen treu in dem Bestreben zur Seite, eine sachlich gerechtfertigte Abgrenzung der Gehilfen- und Frauenarbeit durchzusetzen, die einer Schmutzkonkurrenz gegen die erstere vorbeugen soll. Das mag nach außen zünftlerisch erscheinen, ist aber durchaus nicht von zünftlerischen Gesichtspunkten diktiert, sondern erscheint als der einzig mögliche Weg, um einer Unterbietungskonkurrenz zwischen Arbeiterinnen und Arbeitern abzuwehren, die in ihren Wirkungen kaum abzusehen ist. Die Erfahrung in Leipzig lehrt uns leider, daß die Übertragung von Gehilfenarbeiten an Arbeiterinnen zu einer erheblichen Lohnsenkung führt. Solche Arbeiten wurden bis zu 30 Prozent unter dem Tariffatz entlohnt, wenn Frauen und Mädchen sie verrichteten, und zum Teil werden sie in diesem Falle jetzt noch 20 Prozent unter dem Tarif bezahlt. Das Ziel zur Lösung der Frage bleibt gewiß die Forderung: Für gleiche Arbeit gleichen Lohn. Allein der Verwirklichung stehen vorläufig außerordentlich große Hindernisse entgegen, die Schritt für Schritt durch Arbeit und Kampf in der Richtung des Ziels überwunden werden müssen. Da heißt es zunächst treues Eintreten für die Hebung der Arbeiterinnenlöhne. Das wird begreiflich angesichts der Tatsache, daß in dem sogenannten „Dreistädte tarif für Buchbinder“, dem Tarif für Berlin, Leipzig und Stuttgart, das Minimum und Maximum der Stundenlöhne sich für geübte Arbeiter zwischen 52 und 69 Pf. bewegt, dagegen für geübte Arbeiterinnen zwischen 28 und 39 Pf.

Soweit es in seinen Kräften stand, ist der Buchbinderverband für die Interessen seiner weiblichen Mitglieder mit Verständnis und Zuverlässigkeit eingetreten. Aber die erzielten Erfolge sind auch der gewerkschaftlichen Betätigung der Arbeiterinnen zu verdanken. „Sich regen, bringt Segen,“ heißt es auf gewerkschaftlichem Gebiet. Ein Beispiel möge zeigen, in welchem Maß die Arbeiterinnen an den Lohnbewegungen des Buchbinderverbandes und an den dadurch errungenen Erfolgen beteiligt waren. Wir entnehmen es dem Jahresbericht des Verbandsvorstandes für 1910. Die 92 Lohnbewegungen, die sich in der Berichtszeit in 72 Orten und 1140 Betrieben mit 11795 Beschäftigten abspielten, hatten mehr weibliche als männliche Mitglieder erfaßt, und zwar auch dort, wo die Lohnbewegungen mit Arbeitseinstellung verbunden waren. Es fanden statt:

27 Angriffstreiks	mit 1260 männlichen,	1888 weiblichen Mitgliedern
6 Abwehrstreiks	„ 71 „	202 „
2 Aussperrungen	„ 11 „	69 „
1342 männlichen, 2159 weiblichen Mitgliedern.		

Entsprechend ihrer Beteiligung hatten die Arbeiterinnen Anteil an den Errungenschaften der Bewegungen. Genauere Angaben können darüber nicht gemacht werden, weil bei der Verzeichnung der Erfolge für Arbeiter und Arbeiterinnen nicht getrennt gerechnet worden ist. Der Buchbinderverband erreichte 1910 für insgesamt 4719 Arbeitskräfte eine Arbeitszeitverkürzung von 7943 Stunden pro Woche, und für 7646 Personen eine Lohnhöhung von 11438 Mk. wöchentlich. Die „Gleichheit“ wird an weibliche Mitglieder auf Wunsch in beschränkter Zahl vom Buchbinderverband unentgeltlich abgegeben; obligatorisch eingeführt ist die „Buchbinder-Zeitung“.

Wie die Zahlen deutlich zeigen, sind die Arbeiterinnen weder immun gegen das „Streikfieber“ noch geschützt vor dem „Aussperrungs-fieber“ der Unternehmer. Die Kämpfe des Buchbinderverbandes werden in ihrer Mehrzahl durch die Beteiligung der Arbeiterinnen erleichtert. Diese sind meist schwerer als die Arbeiter zu erregen, besonders wenn es sich darum handelt, von auswärtig Arbeitswillige herbeizuziehen. Die weit geringere „Freizügigkeit“ der Arbeiterinnen erschwert den Unternehmern das Geschäft. Eine weibliche „Hingegarbe“ fehlt glücklicherweise noch! Alles in allem bestätigt die Entwicklung des Buchbinderverbandes, daß die Arbeiterinnen sehr wohl für die gewerkschaftliche Organisation zu gewinnen sind und daß ihre Mitgliedschaft die Schlagkraft der Gewerkschaften zweifellos bedeutend hebt.

Emil Kloth.

Aus der Bewegung.

Ein internationaler Gruß den deutschen Genossinnen zum Wahltag des 12. Januar. „Ehre der deutschen Sozialdemokratie, Ehre den deutschen Genossinnen, die so klarblickend und tapfer mit ihr gekämpft haben! Die Wahlschlacht ist auch für das Wohl, das Recht der erdrückenden Mehrzahl der Frauen geschlagen worden. Wo das rote Banner weht, da wird für Menschenrechte gekämpft! Hoch die rote Internationale! Helene Ankersmit, Amsterdam.“

Die Genossinnen im Wahlkampf ist ein glänzendes Kapitel der Geschichte der proletarischen Frauenbewegung. Eine geradezu verblüffende Summe von Arbeit haben sie geleistet, sowohl für die allgemeine Kampagne, wie auch außerdem für die Aufklärung und Organisierung der proletarischen Frauen. Wenn es noch eines Beweises bedurft hätte von ihrer politischen Reife, von ihrer Kampftüchtigkeit und Kampfesfreudigkeit, er wäre jetzt gründlich erbracht. Es dürfte kaum eine Wahlkreisorganisation geben, die nicht mit Stolz und Freude der Mitarbeit ihrer weiblichen Mitglieder gedenkt. Wir werden auf die Beteiligung der Genossinnen am Wahlkampf noch ausführlicher zurückkommen, nachdem die Stichwahlen stattgefunden haben, bei denen die Sozialdemokratie noch einmal ihre ganze Kraft einsetzt, um den Sieg vom 12. Januar zu vollenden.

Von der Agitation. Auf Wunsch der Parteileitung des sechsten schleswig-holsteinischen Wahlkreises sprach die Unterzeichnete Anfang Januar in den Orten Lohstedt, Eidelstedt, Warmstedt und Eimsbüren. Selbstverständlich lautete angesichts der Reichstagswahlen die Tagesordnung in allen Versammlungen: „Die Frauen und die bevorstehenden Wahlen.“ In Lohstedt war die Versammlung sehr schwach besucht, obgleich eifrig für sie geworben worden war. Schuld daran war wohl das schlechte Wetter, das den Frauen die weiten Wege zum Versammlungsort verleidete. Die Versammlungen in Eidelstedt und Warmstedt waren bedeutend besser besucht, namentlich von organisierten Männern; die wenigen anwesenden Frauen gehörten auch bereits der Partei an. In Eimsbüren hatten wir einen überfüllten Saal, und ganz besonders stark waren hier die Frauen vertreten. Von ihnen traten 50 in der Versammlung der sozialdemokratischen Partei bei. Überhaupt ist in dieser Gegend, in unmittelbarer Nähe Hamburgs, noch viel für uns zu erreichen; das beweisen auch die schönen Erfolge der Aufklärungsarbeit, die Genossin Lange-Ottensen mit großem Eifer unter den Frauen der ländlichen Bevölkerung betreibt. Es geht auch hier vorwärts.

Elisabeth Köhl.

Früher als sonst ist mit der Agitation für die Reichstagswahlen begonnen worden. Die Unterzeichnete hat seit Oktober in 73 Versammlungen gesprochen. 31 davon, die sich vorwiegend mit der

Lebensmittelsteuerung beschäftigten und als Vorarbeit für Kommunal- und Reichstagswahlen gedacht waren, fanden auf Veranlassung der Bezirksleitung für das westliche Westfalen statt. Die Versammlungen waren durchweg gut besucht, auch von Frauen. In mehreren Orten traten Angehörige des Zentrums der Referentin entgegen, fanden jedoch bei den Versammlungsteilnehmern keine Zustimmung zu ihren Ausführungen. Die Industrie proletarier, insbesondere die Bergarbeiter, spüren die Folgen der „bewährten Wirtschaftspolitik“ mit ihren Böllen und Steuern gar zu sehr am eigenen Leibe. Die genossenschaftliche Organisation dieser westfälischen Bevölkerung ist wegen des ausgedehnten Borgsystems besonders schwierig. Bargeld besitzen die Bergarbeiter oft nur am Lohnstag; nach Bezahlung der Schulden behalten sie nichts übrig und müssen sofort von neuem den Kredit in Anspruch nehmen. Daher ist es den Verkleitungen meistens ein Leichtes, die Arbeiter nicht nur als Produzenten, sondern auch als Konsumenten zu schröpfen, indem sie Konsumanstalten errichten, sich als Arbeiterfreunde aufspielen und die Abhängigkeit ihrer Lohnslaven erhöhen. Doch kommen diese immer mehr zur Erkenntnis ihrer Klassenlage. Das zeigt sich in der zunehmenden Zahl der Organisierten und der Leser unserer Zeitungen. Für unsere Partei und unsere Presse wurden auch in den Versammlungen neue Anhänger gewonnen.

Nach kurzer Pause schloß sich eine Agitationstour im sechsten sächsischen Reichstagswahlkreis an, die von der Kreisleitung veranstaltet worden war. Es fanden 17 Versammlungen statt, die sich mit der Stellung der Frau zu den Reichstagswahlen beschäftigten. Ihnen folgten in mehreren anderen Kreisen des Bezirks Ostfachsen 16 Versammlungen, zu denen die Initiative von der Bezirksleitung ausgegangen war. Alle diese Versammlungen dienten der Wahlagitation und waren gut vorbereitet. Überall zeigte sich die Wirkung der Blockpolitik in dem brennenden Verlangen, die Abrechnung am 12. Januar recht gründlich vorzunehmen. Die Frauen waren allerorts zahlreich vertreten, in vielen Versammlungen sogar in der Mehrheit.

Zwischen Weihnachten und Neujahr sprach die Unterzeichnete in fünf Versammlungen im Kreise Minden-Lübbecke. Auch hier herrschte frohe Kampfesstimmung. Was Wunder auch! Ist hier doch das Tabatarbeiterproletariat zu Hause, dem die Blockparteien durch ihre Politik das Leben doppelt schwer gemacht haben und wo liberale Fabrikanten mit der Aussperrung die Hungerpeitsche besonders erbarmungslos schwingen. Auch diese Tabatarbeiter werden am 12. Januar durch Abgabe eines sozialdemokratischen Stimmzettels bezeugt haben, daß sie mit dem bewährten Wirtschaftssystem des Reiches nicht einverstanden sind, das die Armen ärmer macht, um den Reichen den Beutel noch mehr zu füllen.

Nach Neujahr folgten noch vier Versammlungen im Fürstentum Lüneburg das zum ersten oldenburgischen Wahlkreis gehört. In dieser fast überwiegend ländlichen Gegend waren die Versammlungen ebenfalls gut besucht, auch von Frauen. Hier ist die so oft vorhandene Scheu der ländlichen Arbeiter und Arbeiterinnen ganz geschwunden, im Weisheit ihres Arbeitgebers durch Weisheit und zustimmende Anmerkungen ihre Ansicht zu bekunden. Auch diese ländlichen Versammlungsbesucher wissen, daß ihre Lage nicht durch Bitten und Betteln gebessert werden kann, sondern nur durch Kampf!

Kinden Baumann.

Agitation unter Bergarbeiterfrauen. So kräftig der Bergarbeiterverband sich in den letzten Jahren entwickelt hat — er zählt heute gegen 120 000 Mitglieder —, so hindert doch leider die eigene Frau den Grubenproletarier noch oft, sich zu organisieren. Durch das geringe Einkommen zu äußerster Wirtschaftlichkeit gezwungen, hält sie aus falscher Sparsamkeit die Gewerkschaftsbeiträge für überflüssig. Um den Bergarbeiterfrauen einen klaren Einblick in die Ursachen des heutigen Notstands der Massen zu geben und ihnen die Bedeutung des gewerkschaftlichen Zusammenschlusses klar zu machen, veranstaltete der Bergarbeiterverband im Obgebiet **Selle-Wiehe** und im Kohlenrevier am **Deister** Agitationsversammlungen, zu denen die Frauen besonders eingeladen wurden. Diese Versammlungen nahmen durchweg einen prächtigen Verlauf und waren meist zur Hälfte, zum Teil zu Zweidrittel von Frauen besucht, für die betreffenden Gegenden eine neue Erscheinung. In Buchholz a. Aller und Steinförde — hier überwachen zwei Gensdamen die Versammlung — kommen nur im Obwerk beschäftigte Arbeiter in Betracht, die einen Durchschnittslohn von 84 bis 86 Pf. erhalten. Ihr 11 bis 12stündiger Arbeitstag geht von morgens 6 Uhr bis abends 8 Uhr, mit 20 Minuten Frühstück und 1/2 Stunde Mittagspause, aber ohne Vesperpause. Nur in Ausnahmefällen wird 1 Stunde Mittag gewährt. Weder vorchriftsmäßige Speiseräume noch Waschgelegenheiten ermöglichen ein appetitliches Vergehen des tagen Mahles. Infolge des starken Zugangs von Arbeitern ins Obgebiet

herrscht Wohnungsnot und Wohnungssteuerung. Es werden Mietzinse von 20 bis 25 Mark und mehr monatlich für eine kleine Wohnung verlangt. Daher sind die Arbeiter gezwungen, stundenweit von Ort und Stelle ihrer Beschäftigung zu wohnen. Morgens um 4 Uhr und früher müssen sie vom Hause fort und erst abends um 8 Uhr und später sind sie wieder daheim. Ein Familienleben kennt mancher Obarbeiter infolgedessen kaum. Seine Kinder sieht er nur Sonntags oder wenn er im Obwerk nicht arbeiten muß. Im Sommer haust er oft mit einer Anzahl Kameraden in einer roh gezimmerten Bretterbude, die er sich auf halbem Nachhausewege gebaut hat. Er kommt dann wohl wochen- ja monatelang nicht nach Haus. Hat er einen freien Sonntag, so besorgt er daheim die schwere Ackerarbeit. Im übrigen versieht die Frau allein die kleine Landwirtschaft, die es den Bergmannsfamilien der Obwerke ermöglicht, ihr Leben zu fristen.

Vor ca. 3 bis 4 Jahren zählte man in der Gegend noch 28 bis 30 Aktiengesellschaften, heute haben sie sich zu 2 oder 3 großen Konzerns zusammengeschlossen, die sich in den ungeheuren Profit der außerordentlich ergiebigen Quellen teilen. Die deutsche Tiefbohr-Aktiengesellschaft in Berlin erzielte laut ihrem 11. Geschäftsbericht nach großen Abschreibungen einen Reingewinn von 2 207 686 Mk. Verteilt wurden 23 Prozent Dividende auf ein Aktienkapital von 6 625 000 Mk. nach Abrechnung von 1 408 550 Mk. Belohnungen — Lantien und Antreiberlöhne — und einem Gewinnvortrag von 543 088 Mk. Kommentar überflüssig.

Die überfüllten Versammlungen in Egestorf und Wassinghausen a. Deister waren ebenfalls überwiegend von Frauen besucht. Die Kohlengruben am Deister sind fiskalisches Besitz. Der Durchschnittsverdienst der Arbeiter betrug in den letzten Jahren etwa 1100 Mk. Bei dem letzten Vergfest, einer alten patriarchalischen Feier, die alle zwei Jahre wiederkehrt, hatte Vergrat Schlösser den Vergleuten verkündet, daß nun auch für sie „die Morgenröte einer besseren Zeit“ anbrechen würde. Ihr Jahreseinkommen hat sich jedoch seither um 100 Mk. verringert. Einen Beweis väterlicher Fürsorge gab der genannte Herr vor einiger Zeit, als der Arbeiterausführer wegen einer Lohnerhöhung bei ihm vorstellig wurde. Er erklärte feierlich: „So lange ich am Deister etwas zu sagen habe, werden keine Durchschnittslöhne von 4 Mk. pro Tag bezahlt.“ Auch in dieser Gegend ist es die Frau, die durch schwere Arbeit tagein, tagaus mühselt, durch den Ertrag der fast ausschließlich von ihr bewirtschafteten kleinen Landstelle der Familie eine Existenz zu ermöglichen.

Die Bergarbeiterschaft ist jeder Erneuerung schwer zugänglich, ist sie aber erst für neue Ideen gewonnen, so ist sie standhaft, treu und opferfreudig. Daß unter ihr das Evangelium des völkerebefreienden Sozialismus auf fruchtbaren Boden gefallen ist, beweist die ungewohnte Bereitwilligkeit, mit der die Frauen in jüngster Zeit den Kassierern die Gewerkschaftsbeiträge zahlen, bezeugen die allerorts im Vergrevier laut werdenden Wünsche nach Frauenversammlungen. Die Saat geht auf, die sichere Früchte trägt!

In dem kleinsten Wahlkreis Deutschlands, zugleich dem kleinsten deutschen Fürstentum, in **Schaumburg-Lippe**, sprach die Unterzeichnete in Wahlversammlungen zu Stadthagen, Bückeburg, Riesenstadt, Sellendorf, Egestorf und Südhörsten. Außer in Stadthagen hatte noch nirgends eine Frau gesprochen. Die Bergarbeiterschaft stellt das Hauptkontingent der Bevölkerung des Ländchens. In altgewohnter Untertänigkeit hängt der Schaumburg-Lipper an seinem Landesfürsten. Der erst vor wenigen Monaten verstorbene Vater des jetzigen „Monarchen“ wußte, was er tat, wenn er in der einfachsten Schänke mit jedem Bauer väterlich Kostproben des Branntweins seiner eigenen Brennereien vornahm. Zwar läßt das Schaumburg-Lipper Gottesgnadentum seit langem die Praxen, Staatsländereien zu verpachten, die früher dem Volke zu freier Benützung überlassen waren. Aber immerhin ist der Fürst des Ländchens der einzige deutsche Monarch, der sich seine Regierung etwas kosten läßt. Er zahlt jährlich eine bestimmte Summe zu den Kosten des Staatshaushaltes zu. Das Volk würdigt das. Das Bergwerk gehört dem Fürsten und dem preussischen Fiskus. Die „staatliche Lebensstellung“, die der Bergmann von seinem 18. Lebensjahr bis zur Vollinvalidität im Alter von 41 bis 50 Jahren inne hat und die er zäh gegen fremde Arbeiter verteidigt, bringt den fürstlichen Lohn von durchschnittlich 890 Mk. jährlich. Man mag ihn mit diesem Hungerlohn abzuspeisen, weil auch er etwas Grund und Boden besitzt. Hier arbeitet er nach der achtfünftigen Schicht unter Tag. Den Löwenanteil der bäuerlichen Arbeit trägt natürlich auch hier die Frau. Nur dank des Ackerbaus ist das Auskommen der Familie möglich. Der Überschuß des Bergwerkes, das die Grubenproletarier so niedrig entlohnt, belief sich im letzten Geschäftsjahr auf 429 342 Mk. Im Jahre 1908 reichten die Lipperischen Vergleuten dem preussischen Abgeordnetenhaus eine Petition ein, die eine Lohnerhöhung von 30 Pf. pro Schicht forderte. Sie wurde

mit großer Entschiedenheit abgelehnt. Was Wunder da, daß das „sozialistische Gift“ auch in der fürstentremen Feste um sich greift. Die prächtig besuchten Versammlungen und die freudigen, anhaltenden Zustimmungskundgebungen zum Referat bewiesen erwachtes Klassenbewußtsein. Von den gegen 1500 Vergleuten des Bezirkes haben sich die meisten in den letzten fünf Jahren ihrer Gewerkschaft angeschlossen. Das ist eine gesunde Grundlage proletarischen Klassengeistes, eine Grundlage, auf welcher das Bewußtsein zum Sozialismus naturnotwendig erblüht. So wird mit der Zeit auch die jetzt noch schwache Parteimitgliedschaft erstarken. Die Ausbeutung im Bergwerk und die Ausplünderung durch die Politik der herrschenden Klassen im Reiche sorgen um die Wette dafür, daß den Vergleuten des Ländchens die Augen aufgehen. Die „Stützen der Gesellschaft“ selbst sind es, die durch ihre Profitgier und Herrschsucht das Fundament der heutigen Ordnung untergraben, die sie verewigen möchten.

Helene Brandenburg.

Anfang Dezember fanden in Dresden zur Agitation für die Reichstagswahlen mehrere Frauen- und Volksversammlungen statt, in denen Genossin Baumann referierte. Die Rednerin wies in den Frauenversammlungen vor allem auf das hin, was in diesem Reichstagswahlkampf die Proletarierinnen besonders interessiert. Sie forderte wie auf, bis zum Wahltag und an ihm selbst eifrig zu arbeiten und die Männer zur rechten Erfüllung ihrer politischen Pflicht anzuhalten. Mit einem Appell an die Zuhörerinnen, das Gehörte zu beherzigen, schloß Genossin Roed die Versammlungen. Die Würfel sind inzwischen gefallen, die Sozialdemokratie hat in Dresden-Neustadt gesiegt, sie ist in Dresden-Altestadt in die Stichwahl gekommen. Es gilt nun, alle Kräfte anzuspornen, damit auch der Stichwahltag ein Siegestag für uns werde.

Helene Auerbach.

Am 6. Dezember sprach Genossin Pollender in einer gut besuchten Versammlung in Leipzig über die Reichstagswahlen und wies in ihrem Vortrag insbesondere nach, wie notwendig die Beteiligung der Frauen an der Wahlarbeit sei. Unterhalb Wochen später fand in einem größeren Saal eine weitere Versammlung statt, in der Genossin Wagner aus Chemnitz und der Reichstagskandidat für Leipzig-Stadt, Genosse Cohen, über das gleiche Thema referierten. Genossin Wagner zählte die Sünden des alten Reichstags auf und führte bei der Kritik der Reichsversicherungsordnung an, daß nun in Chemnitz eine Witwe für sich 20 Pf. und für ihre Kinder ganze 9, 8 und 7 Pf. Rente bekommen werde. Unter reichem Beifall schloß Genossin Wagner ihre Rede mit der Mahnung an die Frauen, an den Wahlarbeiten eifrig teilzunehmen. Genosse Cohen ergänzte die Ausführungen der Genossin Wagner. Mit dem Schalten und Walten der Frauen am häuslichen Herde, wie es Schiller in seiner Glocke geschildert hat, sei es vorbei. Neun Millionen Frauen sind in Deutschland gezwungen, ihr Brot durch Erwerbsarbeit zu verdienen. Der veränderten wirtschaftlichen Aufgabe der Frau müsse ihre rechtliche Stellung angepaßt werden. Mit begeisterten Worten rief der Redner die Proletarierinnen zur Mitarbeit auf. 15 neue Mitglieder wurden in die Parteioorganisation aufgenommen.

Verta Röber.

In Falkenhain bei Wintersdorf sprach in einer gut besuchten Frauenversammlung Genossin Hennig aus Leipzig über „Die Frauen und die bevorstehenden Reichstagswahlen“. Sie verurteilte in ihrem Referat aufs schärfste die Ausbeutungspolitik der herrschenden Klassen und schilderte eingehend die schädigenden Wirkungen der indirekten Steuern und der Zuckerzölle für die Minderbemittelten, vor allem für die Arbeiterfrauen und Mütter. Wiederholte Zurufe und Beifall bewiesen, daß die Empörung über die Steuerung allgemein ist. Am Schluß der Versammlung wurden die anwesenden Frauen und Männer zu tatkräftiger Arbeit bei den Wahlen aufgefordert. Der Ortsverein gewann durch die Veranstaltung neue Mitglieder.

Hg.

„Die Frau und der Reichstagswahlkampf“ war das Thema, das in Frankfurt a. O. in einer öffentlichen Versammlung erörtert wurde, die der Frauenverein einberufen hatte. Die Referentin, Genossin Wehl-Verlin, behandelte zuerst die Lebensmittelerhebung, die die Frauen um so härter trifft, da ihr kein entsprechendes Steigen des Einkommens der Arbeiterfamilien gegenübersteht. Sie wandte sich gegen das irriige Wort, das der Kaiser in Altona gesprochen haben soll: das deutsche Volk müsse die Steuerung infolge der Mizerante als eine Schidung des Himmels hinnehmen. Sie stellte ihm die Tatsachen entgegen, die beweisen, daß die Preissteigerung des Lebensbedarfs künstlich und absichtlich von Menschen geschaffen worden ist. Eingehend legte Genossin Wehl dar, wieviel Zölle und Steuern zur Steuerung beitragen, während sie Junker und Großkapitalisten noch reicher machen. Die gänzlich unzulängliche Fürsorge des Reiches für

Mütter und Säuglinge, für Witwen und Waisen erfuhr in dem trefflichen Referat ebenfalls eine scharfe Kritik. Besonders geistelte es die Genossin Wehl, daß die Landarbeiterinnen in puncto des Wächnerinnenschutzes nicht einmal die bescheidene Hilfe der Industriearbeiterinnen erhalten, daß für sie die Schutzzeit nur 4 Wochen statt 8 beträgt. Die Verhöhnung der Fraueninteressen durch die Reichsversicherungsordnung sei um so verdammenswürdig, als es in Deutschland 1907 bereits 7 1/2 Millionen erwerbstätige Frauen gab, von denen rund 4 Millionen Mütter waren. Die Referentin stellte den Lasten und Leiden der Frauen des werktätigen Volkes die politische Rechtlosigkeit des weiblichen Geschlechts entgegen, deren Unrecht heute doppelt schwer empfunden werde. Sie wies aber auch nach, daß die Frauen trotzdem politisch nicht einflußlos sind. Ihren Einfluß bei der bevorstehenden Wahl voll zu nützen, das sei ihre Pflicht, auch sie müßten dafür wirken, daß am 12. Januar jeder Mann seine Stimme für den Kandidaten der Sozialdemokratie in die Urne werfe. Stürmischer Beifall gab dem Gelöbnis Ausdruck, dieser Aufforderung gemäß zu handeln.

O. T.

Von den Organisationen. Bericht der sozialdemokratischen Frauenorganisationen Plauen i. V. Die Verteuerung der Lebenshaltung Hand in Hand mit der unzulänglichen Entlohnung des Mannes treibt auch in hiesiger Gegend immer mehr Frauen in die Fabriken oder zwingt sie, sich um wenige Pfennige in der Heimarbeit ausbeuten zu lassen. Da aber auf der verheirateten Proletarierin neben der Erwerbsarbeit noch die Versorgung des Haushaltes lastet, so ist sie jeder freien Minute beraubt, und es ist ihr fast unmöglich gemacht, sich am öffentlichen Leben zu beteiligen. So ist es kein Wunder, wenn die Schaar der tätigen Parteigenossinnen einen immer noch verhältnismäßig kleinen Kreis von Arbeiterinnen umfaßt. Um so höher muß man es anschlagen, daß trotz alledem die politische Organisation der proletarischen Frauen erfolgreich vorwärts schreitet. Wer die Verhältnisse der sozialdemokratischen Frauenorganisation in Plauen i. V. nach vor wenigen Jahren gekannt hat, würde wohl nicht geglaubt haben, daß diese in so kurzer Zeit eine so stattliche Schaar von Mitstreiterinnen sammeln würde. Gewiß, für eine Stadt wie Plauen sind ungefähr 500 organisierte Parteigenossinnen keine allzu große Zahl. Bedenkt man aber, welche Schwierigkeiten hier die Verarbeitung unter den Frauen zu überwinden hat, so wird man gern anerkennen, daß auch die Genossinnen Plauens ihre Pflicht im vollen Maße erfüllt haben. Die monatlich stattfindenden Mitgliederversammlungen für Frauen geben unseren Genossinnen die Möglichkeit, im gegenseitigen Gedankenaustausch ihren Gesichtskreis zu erweitern. Um ihre sozialistische Erkenntnis zu vertiefen, sollen jetzt nach den Reichstagswahlen Diskussionsabende veranstaltet werden. Zu begrüßen ist der Beschluß, den Monatsbeitrag von 15 auf 25 Pf. zu erhöhen und den Mitgliedern die „Gleichheit“ umsonst zu liefern. Es ist unbedingt notwendig, daß jede Genossin Leserin der „Gleichheit“ ist. Denn durch diese wird ihr Wissen um ein gut Teil gefördert, und „Wissen ist Macht“. Das Zusammenarbeiten mit den Genossen gestaltet sich immer besser, und die Genossinnen werden zu allen Arbeiten für die Partei herangezogen. Doch müssen wir an unsere Parteigenossen in Plauen die Mahnung richten, auch ihre eigenen Frauen der politischen Organisation zuzuführen, was die Mehrzahl von ihnen bis jetzt leider noch nicht für nötig befunden hat. Denn nur indem wir Männer und Frauen zusammen in den Kampf führen, können wir den Endsieg erringen. Auch im neuen Jahre soll unsere Losung lauten: Vorwärts immer, rückwärts nimmer!

Hedwig Vorrmann.

Aus dem ersten Berliner Wahlkreis. Eineinhalb Uhr in der Nacht, sozusagen schon am 12. Januar, waren wir aus der letzten von der Partei vor der Reichstagswahl einberufenen öffentlichen Volksversammlung in Moabit nach Hause gekommen. Segen zwei schliefen wir. Da rasselte der Wecker. Wahrhaftig, schon halb sieben. Mit einem Sag vom Lager und ins Zeug, ins widersteife Zeug für alle Fälle. Zahl graute der Tag durch die Scheiben, auf denen Eisblumen blühten, maiglöckchenförmig. Eisiger Wind segte die eleganten Straßen des Westens, die wir hastig durchschritten, den ersten Kreis, in dem wir organisiert sind und der zufolge seiner eigenartigen Struktur große Entfernungen aufweist, zu erreichen. Punkt neun Uhr standen wir im Sammelbureau, wo schon ein lebhaftes Treiben herrschte. „Genossin, Sie gehen sofort in das Wahllokal von 2. in der H.-Straße. Der Genosse dort ist ein Neuling. Sie übernehmen die Listenführung. Ein oder zwei ältere Helfer aus dem fünften Kreis sollen noch eintreffen, die werden Sie unterstützen. Entlasten Sie möglichst unseren Neuling, er hat schon mächtig vorgearbeitet!“ Mit frohkalten Fingern, windseuchten Augen langten wir in der kleinen Destille an. Als von dem nahen Kirchturm zehn dumpfe

Schläge zu uns niederdröhnen, als die Wahlhandlung in dem nebenan liegenden amtlichen Wahllokal beginnt, sind schon die letzten Irrtümer in den verschiedenen Listen richtiggestellt. Nun die Schlepperarten ordnen. Zuerst die gelben. Die roten haben Zeit, die kommen zuletzt. Da stampfen auch schon die Genossen mit den ersten Blockzetteln herein. Die Bläser auf dem Büfett des Wirtes erklären davon.

„Drei Zettel! Es wird stark gewählt! Lauter feine Herren, die ins Geschäft müssen!“ — „An die Arbeit! Es muß geschafft werden, hundert Prozent wählen hier! Es geht aufs Ganze, sagt Hendebrand. Genosse R., Sie kollationieren vorläufig, vorwärts!“ — „516. Friedrich August Bernit, Kaufmann, Klopstockstraße 5!“ — „Nur die Nummer, Genosse, das andere sage ich!“ — „211!“ — „Hermann Plan, Geheimer Medizinalrat, Handelsstraße 88.“

Und nun wird geschuftet. Im Vorgefühl des Sieges. Die Hilfs-genossen aus dem fünften Kreis treffen ein. Der eine nimmt die Schlepperarten in die schwierigen Fäuste. Er wird sie zerdrücken. So sieht es aus. Aber weit gefehlt. Ernst und sicher, geradezu zärtlich geht er damit um. Die Karten sind gut aufgehoben. Das sieht man auf den ersten Blick. Der andere Genosse ist ein Handelsangestellter, er hat scharfe Augen, wohlgepflegte Hände. Das Bureau ist vollzählig. Wir werden unsere Pflicht tun.

„Hier wieder drei Blockzettel! Jungens, lauter feine Herren, fast gar keine Genossen!“ — „Wart's ab, Unke!“ schallt es zurück. So rückt der Mittag her. Mit dem Glockenschlag zwölf treffen die Schlepper ein, stämmige Männer und schlanke Burichen. Und die fast unentbehrlich gewordenen Arbeiterradfahrer mit dem roten Abzeichen.

„Herr Wirt, ein Bier! Mir auch!“ Die Männer gruppieren sich im Vorraum um den Wirt. Unser Neuling examiniert. „Seid Ihr organisiert?“ — „Nicht zu knapp. Hier mein Buch!“ — „Ich bin Gewerkschaftler.“ — „Na, denn los!“ — „Nein, noch nicht! Immer mit Ruhe! Um eins wird geschleppt!“

„Aber die anderen schleppen doch schon! Die Fortschrittlichen fahren ihre Wähler mit dem Auto!“

„Macht nichts, wir warten bis nach dem Essen, um eins geht's los!“ — Arbeitsfreudig, etwas grollend ziehen sich die Genossen in den Borderraum zurück. Das Schlepperartenbündel wird langsam dünner.

„Ja, was ist denn das, die Karten liegen ja alle verkehrt, nicht nach den Straßen, nach der Wählernummer müssen sie liegen, so geht's zu langsam!“

Auf dem Billard werden die Karten nach den Wählernummern sortiert. Es hält zunächst ein wenig auf. Dann aber geht es desto schneller. Die roten Kreuze auf der Liste mehren sich, halbe Seiten sind schon rot gekreuzt, ihre „Nummern“ haben gewählt. Die Genossen aus dem fünften Kreise gehen zum Essen.

Es ist vier Uhr, der Rotstift arbeitet, der Blaustift kriecht Fragezeichen und Bemerkungen hinten auf einzelne, nicht bekreuzte Reihen, je nachdem die Nachrichten der Schlepper lauten. Einer von ihnen ist schäbig, einäugig, aber unbezahlbar. Er kennt das ganze Gebiet, ist von Profession Kohlenarbeiter. „Ja, ja, in jeder Bude werden Kohlen jebrennt! Ich kenne meine Pappenheimer!“ — „Kuni, kennst du den?“

„Spart die Sohlen! Det is 'n Falscher! 317, der Referendar tut auch nicht mit. Aber halt, der Diener bei den Frauen, da bin ich noch nicht gewesen. Den schaff' id!“ Und weg ist Kuni.

Bier und ein viertel Uhr. Der Magen knurrt. Dacommt Ablösung. — „Genossin, Sie stehen mir für die Liste ein! Bis jetzt stimmt alles!“ — „Wollen Sie 'ner alten Katze das Klettern beibringen?“ — Weg nach draußen, der Wind pfeift noch heftiger. Dennoch einen kurzen Blick in das amtliche Wahllokal. Der Schildträger für Genossen Düwll blinzelt uns vor dem Lokal mit den Augen zu: „Genossin, jetzt kommen u n s e r e!“

Er hat recht. Arbeiter über Arbeiter drängen heran. Zum Teil konnten sie nicht eher kommen. Auch die Schlepper haben gewirkt. Eiligst wird im nächsten Restaurant etwas gefuttert. Verflucht, daß auch im wichtigsten Moment dem Körper immer die Kohle ausgeht. Um fünf bin ich zurück. Die gelben Schlepperarten sind abgetan, die roten gehen durch die schwierigen Fäuste. Ein Radler triift schweißtriefend zugleich mit mir ein.

Wieder sitze ich hinter der Liste, die nur noch wenige leere Reihen auf jeder Seite aufweist, auf manchen Seiten sind alle Reihen mit einem roten Kreuz versehen. Kuni springt atmlos alle zehn Minuten vor: „Noch einer in der Tuchhavener Straße? Ich loofe jetzt dahin!“ — Drei Schlepperarten drückt man ihm in die Hand, die schon drei Karten hält. Und heidi ist er davon. Die Radler rasen fort und kehren wieder. Immer näher rückt die Stunde, die allem Wählen für heute ein Ziel setzen soll. Drei Schlepper auf einmal springen durch den Vorraum an meine

Liste. Stumm halten sie die Karten dem Prüfer unter die Augen, leuchtend geht ihr Atem. Zwei, drei Karten zerreiht der Prüfer, sie sind inzwischen erledigt, andere rote Karten gibt er den Neuchenden, die wieder wegeilen. Fünfzehn Minuten vor sieben. Zehn Minuten vor sieben. Da faust Kuni ins Lokal: „Hat der Schuhfritsch Koschalski gewählt?“ Wir suchen, schütteln verneinend mit dem Kopfe. Kuni fliegt in die Höhe und fällt müde zurück, denn sieben laute Schläge dröhnen vom Turme. Die Tür springt auf: „Genossin, der letzte Blockzettel, noch fünf Wähler! Sie sind schon am Zählen!“ — Rasch überfliege ich den Zettel. Nummer 14, 580, 520, 112, 243: Schuhmacher Koschalski!

„Dat is jut“, schnappt Kuni, „id hatte ja ooch so lange bei seine Trauke Frau jeseffen!“ Und fort schwankt er.

In größter Eile vergleichen wir. Es stimmt. Stimmt alles. 95 Prozent haben bei uns gewählt. Es geht aufs Ganze! Nun ins Sammellokal.

Ein kleiner, matt erleuchteter, rauchgeschwängelter, länglicher Raum, auch mit einem Billard in der Mitte. Wir müssen dort aus sechs Büreaus zusammentreffen. Es ist schon voller Menschen. Zwei Männer schwingen die schmale lange Zählkarte in ihrer Hand, die schon das Fazit ihres Bezirkes meldet. Die Hauptperson aber, der Hauptbezirksleiter, fehlt noch. Er ist von einem gegnerischen Bezirksverwalter in ein amtliches Wahllokal geholt worden. Es soll ein Wahlprotest vorliegen. Todmüde lehnen drei Radfahrer auf einer schmalen Bank an der Wand. Immer mehr Schlepper treffen schweißgebadet ein. Frauen und junge Mädchen, Arbeiter im Sonntagssittel und ruhbedeckte Männer im Arbeitswams drängen sich um den Mittelpunkt, um das hoffnungsgrüne Billardtuch. Immer erregter wird dieser Menschenmüel. Lang strecken sich die Hälse, die Augen blitzen. Wenn das in der Ecke angebrachte Telephon erklingt, dann horchen aller Ohren. Jetzt kommt unser Fazit. Hurra! Glänzend! 379 Rote von 597 Wahlberechtigten, hurra! Da fliegt die Tür auf. Das stampft und dröhnt, der Hauptbezirksleiter voran. Der Kopf glüht ihm, die Stimme ist fast schon heiser.

„Biediel, Krenzle?“ — „217.“ — „Was? Dann habt ihr verkehrt geschleppt!“ schreit der Wahlleiter. — „Was du denkst! Sieh erst richtig zu!“ — „Ach so! Ich seid das! hm, sehr gut, sehr gut!“ — „Wo bleiben die Zelten?“

Die Zelten liegen am weitesten. Aha, das Telephon. Nein, das ist für den Wirt. Die Spannung erreicht ihren Höhepunkt. Die Fäuste ballen sich vor Erregung. Fünf Minuten vergehen so. Die Männer qualmen, das Licht erscheint dadurch noch schwächer, düsterer.

„Radfahrer, wer von euch holt das letzte Resultat? Wer kann noch nach den Zelten?“

Ein Niese in Wadelsstrümpfen springt auf, sein Rad hebt er hoch über unsere Köpfe. Weg ist er. Vielleicht radelt er ja umsonst. Vielleicht setzt der Radelbote aus den Zelten durch eine andere Straße an ihm vorbei. Alles gleich. Nur Klarheit! Da geht wieder die Telephonglocke.

„Wie? Was? Bravo! Zelten 211. Radfahrer unterwegs.“

Der Boden erdröhnt von dem Jubel, die Luft schwirrt. Die Frauen und Mädchen jauchzen. Der Männer Augen leuchten. In einem solchen Auge blinkt verstoßen eine Träne. Und nun fort! Die Spannung weicht. Fort zu Dräsel in die Neue Friedrichstraße, wo das Wahleresultat des ersten Kreises verkündet werden soll!

Am Stadtbahnhof Alexanderplatz flattern uns schon die Extrablätter entgegen: „Stichwahl zwischen Genossen Düwll und Kämpf!“

Bei Dräsel ist alles polizeilich gesperrt. Schon seit halb acht. Wir wettern. Wir bitten. Vergebens. Der Eingang ist doppelt und dreifach von Polizei besetzt. „Herr Leutnant, da kommen zwei, drei Besucher zurück. Lassen Sie uns doch dafür hinein!“

„Wenn den Leuten schlecht drin geworden ist, werden wir doch keinen weiter zulassen. Marsch, weg da! Wir haben zu bestimmen.“

„Leider Gottes!“ schallt es aus den Reihen der Zuspätgekommenen.

Der Leutnant tauscht Blicke mit den Herauskommenden. Aha, auch Geheime.

Immer dichter drängen wir vor. Hunderte drängen nach. Der Geheimpolizist neben den Schutzleuten wird grob. Er packt die Nächststehenden und stößt sie zurück. Da entdecken wir, daß man unten in das Restaurant unter dem großen Saal gehen kann und — darf! Der Geheime läuft uns dreißig, fünfzig nach, die wir in das Restaurant eilen, kontrolliert, ob auch die Schutzleute an der Treppe keinen von uns durchlassen. Es ist ein scharfer, ein besonders scharfer! Wir strömen in das düstere Wirtlokal.

Die Lichter werden angezündet, brennen schlecht. Wir hocken an den roten Tischen, trinken einen Tropfen auf das „Wohl“ des Geheimen, der uns unserem Schicksal überläßt. Da sehe ich Kuni. Er stößt mich an, winkt, zeigt mir eine kleine Treppe, die auf die Bühne des großen Saales führt. Und die Tür ist offen! Wir juchzen nicht, sagen nichts, schauen uns triumphierend an. Und zwei Sekunden später steigen die Moabiter wie aus einer Versenkung auf die Bühne, die heute in doppeltem Sinne die Bühne des Lebens darstellt. In diesem Moment geht die vordere Saaltür auf. Ein Brausen, ein Schwirren von Tausenden von Stimmen. Genosse Düwll wird so begrüßt. Man hebt ihn auf die Bühne, wo gerade Genosse Walbeck redet. Und dann spricht unser Kandidat, verkündet uns das gute Resultat, wird immer wieder juchzend unterbrochen. Dann kommen die Telegramme. Sieg, Sieg, überall Sieg. Sieg im Norden, Sieg im Süden, Sieg überall. Der Geheime schaut blaß vor Wut durch die Vordertür, erspäht uns. Die Moabiter auf der Bühne wehen ihm mit dem roten Taschentuch zu. Er zwirbelt den Schnauzbart, geht. Genossen auf Genossen reden. Allen jubelt man zu. Alle verkünden Frohes, Zukunftsfreudiges. „Genossin, nun auch eine Frau, vorwärts, wenn auch nur ein paar Worte!“

„Genossen, Genossinnen, was soll ich zu Ihnen reden, ich weiß nichts, mir fällt nichts ein, was nicht auch jeder von Ihnen wüßte, schon gesagt hätte. Und doch etwas. Ein Wort eines längst verschollenen, nie gefannten Dichters, eine Strophe eines alten deutschen Volksliedes, die weiß ich, und die paßt hierher:

Es steht ein Berg im Feuer, im feurigen Morgenbrand,
Und auf dem höchsten Gipfel ein Tannbaum überm Land,
Und auf der höchsten Spitze steh' ich und schau' vom Baum:
„O Welt, du schöne Welt, man sieht dich vor Blüten taum!“

R. R.

Politische Rundschau.

Der Wahltag des 12. Januar ist zu einem stolzen Siegestag für die Sozialdemokratie geworden. Über vier Millionen Stimmen hat sie an diesem Tage für sich gezählt, und im ersten Ansturm hat sie 64 Reichstagsitze erobert, 9 mehr als an dem erfolgreichen Wahltag von 1903. Die Scharte von 1907 ist ausgeweht; die Macht der Unentschiedenen und Gleichgültigen ist überwunden, die der nationale Schwindel bei den Gottentottwahlen auf die Beine brachte und dem Vortritt der Sozialdemokratie erfolgreich entgegenstellte. Die Wahlkreise, die 1907 der Sozialdemokratie entrisen wurden, sind wieder zurückerobert: die rote Fahne weht wieder über Bremen, Stettin, Randow-Greifenhagen, Königsberg, Brandenburg, Magdeburg, Braunschweig, Holzminden, Gotha, Rudolstadt, Sonneberg, den beiden Neuh., Raumburg-Weißensfels, den sächsischen Kreisen Zittau, Pirna, Meißen, Döbeln, Annaberg, Reichenbach, den schlesischen Breslau-West, Reichenbach-Neurode, der hessischen Residenz Darmstadt. Diese Kreise wurden wieder unser im ersten Wahlgang. Neu erobert wurden auf den ersten Hieb Wangleben, Erfurt, Hof und Fürth. Mit starkem Stimmenzuwachs sind glänzend behauptet die fünf Berliner Kreise 2 bis 6, die Berliner Vorortkreise Niederbarnim und Teltow-Weeskow, die drei Hamburger Kreise, Altona, Lübeck, Kiel, Hannover, Halle, Calbe-Aschersleben, die sächsischen Kreise Dresden-Neustadt, Dresden-Land, Leipzig-Land, Limbach, Chemnitz, Glauchau, Zwickau, Stollberg, Zschopau, der schlesische Bergarbeiterkreis Waldenburg, ferner Solingen, Hanau und die süddeutschen Hochburgen München, Nürnberg, Offenbach, Mannheim, Ludwigshafen, Stuttgart, Cannstatt, Straßburg und Mülhausen. In nicht wenigen anderen Kreisen mangeln der Sozialdemokratie nur wenige Stimmen zum Siege, hier wird und muß es bei eifriger Arbeit gelingen — und wo würde sie unter dem begeisterten Eindruck unseres Vormarsches fehlen —, in den Stichwahlen aus eigener Kraft zu siegen. Wir dürfen uns jedenfalls nicht darüber täuschen, daß jene Kreise, wo wir das aus eigener Kraft nicht vermögen, sehr unsichere Posten in unserer Wahlbilanz sind. So großes Gefährd auch die Nationalliberalen und Fortschrittler von ihrem Kampfe gegen den schwarzblauen Block gemacht haben — wir müssen darauf gefaßt sein, daß bei der Stichwahlentscheidung das bürgerliche Stajfenbewußtsein und die Furcht vor der Sozialdemokratie stärker sein werden als aller Haß gegen Junker und Zentrum. Es sollte uns freuen, wenn es anders wäre, wenn der Liberalismus mehr Mannhaftigkeit beweisen würde, als wir gemeinhin von ihm gewöhnt sind. Aber jedenfalls muß die Sozialdemokratie bei den 120 Stichwahlen, an denen sie beteiligt ist, den Kampf so führen, als sei sie ganz auf sich allein angewiesen, ohne bürgerliche Hilfe zu erwarten.

64 Mandate im ersten Wahlgang und 121 Wahlkreise, in denen die Arbeiterpartei im zweiten Wahlgang um das Mandat ringt, wo sie entweder die stärkste oder die zweitstärkste Partei ist, und endlich noch eine nicht geringe Zahl von Wahlkreisen — nach flüchtigem Überblick einige 40 —, wo die Sozialdemokratie den Ausschlag zwischen den in der Stichwahl um das Mandat kämpfenden Parteien gibt! Das heißt, daß die Sozialdemokratie in mehr als der Hälfte der Wahlkreise bereits eine Macht geworden ist. Das ist ein stolzes Ergebnis, um so stolzer, als wir es trotz einer gänzlich ungerechten Wahlkreiseinteilung erreicht haben, einer Wahlkreiseinteilung, die die sozialdemokratischen Stimmen in den Rieswahlkreisen der Großstädte und Industriebezirke künstlich entwertet zugunsten der Stimmen in den schwach bevölkerten ländlichen Wahlkreisen des Ostens, der Festungen der Junker und des Zentrums. Der wahre Maßstab der Stärke der Sozialdemokratie bei den Wahlen ist daher die Wählerzahl, die sie um ihre Fahnen geschart hat. Sie ist, nachdem der Fortschritt 1907 für unsere Ansprüche nur gering gewesen ist, diesmal riesig gewachsen; um fast eine Million ist sie auf über vier Millionen emporgeschwollen. Rund vierzehn Millionen Wahlberechtigte zählt das Reich nach den letzten Feststellungen. Wie groß die Zahl derer ist, die diesmal ihr Wahlrecht genügt haben, das läßt sich natürlich erst später feststellen. Aber selbst wenn wir eine sehr starke Wahlbeteiligung annehmen, so bedeuten die über vier Millionen sozialdemokratischen Stimmen, daß ein Drittel der Wählenden sich für die Sozialdemokratie erklärt hat. 1903, dem Jahre des zahlenmäßig größten Wahlerfolges bislang, hatten wir ein Drittel der Abstimmenden noch nicht erreicht. Wir dürfen erwarten, daß die Sozialdemokratie das zweite Drittel der Wähler in erheblich kürzerer Zeit werben wird, als sie für das erste Drittel brauchte. Sammelten doch auch die freien Gewerkschaften die zweite Million ihrer Mitglieder in noch nicht der Hälfte der Jahre, deren sie für die erste Million bedurft hatten; naturgemäß steigert sich eben die Anziehungs- und Werbekraft der Organisationen und Parteien mit zunehmender Größe. Fraglich ist allerdings, ob die Feinde der Sozialdemokratie Zeit lassen werden, die Feststellung, daß sie die Mehrheit der Bevölkerung geworden ist, durch die Zählung der Wählerstimmen zu treffen. Es ist sehr wahrscheinlich, daß die Sozialdemokratie schon vorher von den Herrschenden zum Kampf um das Reichstagswahlrecht gedrängt wird, zu einem Kampf, dessen Entscheidung nicht auf parlamentarischem Boden und nicht mit Hilfe des Stimmzettels fallen wird.

Wie es scheint, verteilt sich unser Zuwachs an Stimmen ziemlich gleichmäßig auf das ganze Reich. Wir sehen ihn in Berlin, im Königreich Sachsen, wo der Verlust von 1907 mehr als wettgemacht, die Stellung von 1903 weit überschritten worden, in Oberschlesien, wo der Rückgang überwunden wurde, den zeitweise das Auskommen der nationalpolnischen Bewegung herbeiführte. Wir sehen ihn in den Machtigen der Zentrumsparterie, auch in dem großen Industriegebiet an der Ruhr; in diesem ist zwar die Sozialdemokratie noch nicht stärker als alle anderen Parteien zusammen, aber sie hat doch den bei weitem größten Stimmenzuwachs zu verzeichnen. Hält hier die Entwicklung in gleichem Maße an, so werden uns die Kreise Dortmund, Bochum, Duisburg und Essen im ersten Wahlgang zufallen, in denen jetzt noch ein harter Stichwahlkampf gegen die sich gegenseitig unterstützenden Zentrümmer und Nationalliberalen ausgefochten werden muß. Wir sehen den Stimmenzuwachs ebenso in Süddeutschland, wo Straßburg zum erstenmal im ersten Wahlgang genommen wurde. Und auch Pforzheim wurde uns hier durch die Verbindung des Zentrums mit den Nationalliberalen, die der Großblodpolitik zum Trost zustande kam, nur mit einer ganz knappen Mehrheit entrisen, die sich deutlich als die Minderheit der Zukunft ankündigt. Pforzheim-Durlach und Neustadt-Landau sind übrigens die beiden Kreise, die wir im ersten Wahlgang verloren haben. Diese beiden Verluste haben nichts Niederdrückendes, denn in beiden Fällen nahm uns eine Vereinigung unserer Feinde, was uns früher nur infolge ihrer Zersplitterung zugefallen war — beide Kreise konnten aus eigener Kraft von uns noch nicht geholt werden. Neustadt-Landau fiel uns 1909 in der Nachwahl nur dank dem Umstand zu, daß die Landbündler und das Zentrum aus Rache für die Ausschaltung der Reichsfinanzreform die Nationalliberalen in der Stichwahl durchfallen ließen. Diesmal verzichtete das Zentrum „selbstlos“ auf einen eigenen Kandidaten, stimmte schon im ersten Wahlgang für den Kandidaten des Bundes der Landwirte und drängte dadurch die Sozialdemokratie aus der Stichwahl.

So kann sich die Sozialdemokratie eines ungetrübten, großen Sieges freuen, den sie bei den Stichwahlen hoffentlich noch recht schön vervollständigen wird, auf daß eine möglichst starke sozialdemokratische Fraktion im Reichstag die Sache des Proletariats vertreten und

den Ausschreitungen der Reaktion tatkräftigen Widerstand entgegenzusetzen kann. Denn für den Kampf gegen die Reaktion darf man sich auf die Aussichten des deutschen Liberalismus nicht verlassen. Der Liberalismus hat bei allen großen Werten gegen Junker und Pfaffen im ersten Wahlgang ganze sechs Mandate erobert, von denen noch dazu vier den Nationalliberalen zufallen, und diese sind in entscheidenden Fragen, so wenn es um die Pölle und um Arbeiterrechte geht, von den Junkern überhaupt nicht zu unterscheiden. Aus dem Einbruch des Liberalismus in die Junkerdomänen Ostprelbiens ist nicht viel geworden, die meisten ihrer dortigen Wahlkreise haben die Junker im ersten Wahlgang behauptet. Die Zahl jener, in denen sie durch die Liberalen in die Stichwahlen gedrängt wurden, scheint nicht größer oder doch nicht wesentlich größer zu sein als sonst. Den ostpreussischen Wahlkreis Oletzko-Lyd, den die Nationalliberalen den Konservativen in der Nachwahl abgenommen hatten, haben sie ihnen diesmal wieder zurückgeben müssen. Und der Junkerführer Seydbrand ist im schlesischen Wahlkreis Militsch-Trebnitz allem liberalen Geschrei über seine gefährdete Stellung zum Trotz im ersten Gang wieder durchgekommen. Die Wahlarbeit der Landräte und Amtsvorsteher ist auf dem Lande freilich diesmal besonders stark am Werke gewesen.

Das Zentrum hat seine Stellung auch zum größten Teil behauptet — es hat 83 Mandate im ersten Wahlgang gehalten. Im Jahre 1907 betrug die Zahl freilich 89. Das bedeutet wohl eine kleine Schwächung des Zentrums, die aber im Reichstag erst dann zutage tritt, wenn es bei den Stichwahlen, deren es 31 auszufechten hat, größere Einbuße erleidet. Die Konservativen haben im ersten Wahlgang 27, die Reichsparteiler 5, die Antisemiten 2 Mandate und der Bund der Landwirte 1 Mandat behauptet, die Polen 15, das sind in Verbindung mit den 83 Zentrums- und 2 Elsaßer Mandaten schon 135 Mandate, die dem schwarzblauen Block angehören. Ihnen gegenüber stehen erst 64 Sozialdemokraten, 2 Fortschrittler, 4 Nationalliberale, 1 Däne und 1 Bauernbündler, also 72 Gegner des schwarzblauen Blocks, wenn wir die Liberalen einmal als entschlossene Bekämpfer der Junker und des Zentrums gelten lassen wollen. Indes wäre es trotz dieses Vorsprungs der Blauschwarzen möglich, deren Mehrheit zu werfen, wenn — wenn der Liberalismus bei den Stichwahlen Stich halten würde. Die Entscheidung wird freilich auf des Messers Schneide stehen. Nach einem flüchtigen Überblick stehen die Gegner des schwarzblauen Blocks mit diesem in 91 Wahlkreisen in Stichwahl, miteinander in 60 Wahlkreisen. Wenn also alle Stichwahlen gegen den schwarzblauen Block von seinen Feinden gewonnen würden, so ständen diese im Reichstag mit 223 Stimmen seinen 178 gegenüber. Es könnten auch noch gegen 20 dieser Stichwahlen zugunsten der Schwarzblassen ausfallen, ohne daß sie die Mehrheit bekämen. Aber zur Erreichung dieses Zieles müßten die Liberalen mit aller Entschiedenheit die Parole gegen rechts ausgeben und dürften das offene Eintreten für die Sozialdemokratie nicht scheuen. Daß sie das über sich bringen, das ist bei den Nationalliberalen so gut wie ausgeschlossen und bei den Fortschrittlichen nicht — wahrscheinlich. Wahrscheinlich werden die Liberalen den besseren Teil der Tapferkeit wählen und gar keine allgemeine Parole ausgeben, sondern den Wahlkreisen die Entscheidung von Fall zu Fall überlassen, um hier von konservativer und zentralistischer, dort von sozialdemokratischer Stichwahlhilfe zu profitieren. Sie können sich dabei freilich derbe zwischen zwei Stühle setzen. Auf jeden Fall haben sie kein Recht, sich zu beschweren, wenn solche feige Taktik die Herrschaft des blauschwarzen Blocks für fünf Jahre verlängert.

Die Sozialdemokratie kann die Entscheidung ruhig abwarten. Sie weiß, daß sie sich nur auf sich selbst verlassen darf. Sie ist bereit, den Liberalismus herauszuheben, wenn er nur halbwegs liberal handelt, um den schwarzblauen Block zu brechen. Vor allem aber wird sie im Stichwahlkampf für die Stärkung ihrer Stellung und für die Ausbreitung ihrer völkerverfreundlichen Ideen arbeiten. Daß die Gegner alles aufbieten werden, um ihr weiteres Vorschreiten zu hindern, das weiß sie. Vor der Hauptwahl hat Bethmann Hollweg in der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ die Sammelparole gegen die Sozialdemokratie ausgegeben, und jetzt bläst er mit verdoppelter Kraft zum Sammeln. Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ versichert, daß der Sieg der Sozialdemokratie die äußeren Feinde des Reiches ermutigen werde, also Kriegsgefahr bedeute. Auch dieser Schwindel soll nichts mehr helfen. Die Niedergerittenen reiten!

H. B.

Gewerkschaftliche Rundschau.

Fast zu gleicher Zeit mit der Kunde von dem gewaltigen Vordrängens des deutschen Proletariats bei den Wahlen kommt die Feststellung, wie bedeutend seine gewerkschaftlichen Kampfataillone

an Stärke gewonnen haben. Die freien Gewerkschaften dürften im Jahre 1911 wohl um rund 300 000 Mitglieder zugenommen haben. Nach den am Jahresluß vorliegenden Abrechnungen, die sich allerdings zum größten Teil auf das dritte Quartal erstrecken, war in 49 von 51 Verbänden die Mitgliederzahl auf 2878034 gestiegen. Der Zuwachs dieser Verbände gegen den Mitgliederstand im gleichen Quartal des Vorjahres beträgt 301886 oder 14,65 Prozent. Den Löwenanteil an diesen Erfolgen haben die großen Industrieverbände. Der Bauarbeiterverband stieg um 68650 Mitglieder, der Metallarbeiterverband um 63520, der Transportarbeiterverband um 45283, der Fabrikarbeiterverband um 22069, der Holzarbeiterverband um 18117 und der Textilarbeiterverband um 11659. Auf diese sechs Verbände entfielen 74 Prozent des gesamten Mitgliederzuwachses. Immerhin ist hervorzuheben, daß eine Reihe kleinerer Verbände um mehr als 20 Prozent an Mitgliedern zugenommen haben, so die Blumenarbeiter, Gemeindegewerkschaften, Fleischer, Handlungsgehilfen, Porzellanarbeiter, Steinarbeiter und Stukkateure. Die vorliegenden Ziffern bestätigen, daß die Entwicklung zu großen Industrieverbänden der gewerkschaftlichen Massenorganisation die Wege ebnet. Eine Zunahme von 800 000 Mitgliedern in einem Jahre und 500 000 in den beiden letzten Jahren, das ist ein Ergebnis, welches in dieser Zeit großer wirtschaftlicher Kämpfe besonders hoch zu werten ist. Zurzeit hat die Zahl der in den freien Gewerkschaften vereinigten Arbeiter und Arbeiterinnen wahrscheinlich schon 2 1/2 Millionen erreicht. Wirken wir dahin, daß am Ende des Jahres 1912, das das Proletariat bereits mit ehrenreichen Kämpfen eröffnet hat, unsere Gewerkschaften 3 Millionen Krieger mustern können.

Die kämpfenden Tabakarbeiter und Arbeiterinnen, deren mutiges Ringen ein Vierteljahr lang die Öffentlichkeit in Spannung hielt, haben einen vollen Sieg errungen. Die zuerst befreiten Firmen, die die Veranlassung zu der Aussperrung gaben, mußten in den Verhandlungen schließlich befriedigende Lohnerhöhungen zugestehen. Auf 108 Sorten Zigarren erhalten die Arbeiter Lohnzulagen von 25 Pf. bis zu 1 Mk. pro Tausend, die Sortierer 40 Pf. Die westfälischen Zigarrenfabrikanten verpflichteten sich außerdem, nach Wiederaufnahme der Arbeit eine Verbesserung der Löhne vorzunehmen. Das Ziel der Unternehmer in diesem Kampfe war, die Organisation der Tabakarbeiter bei der Festsetzung der Arbeitsbedingungen auszuschalten und sie zu vernichten. Durch den Mut und die Einigkeit der Tabakarbeiter, die in ihrem Ringen von der gesamten deutschen Arbeiterschaft gestützt wurden, ist diese Absicht der Unternehmer gescheitert worden. Damit nicht genug. Die Streikenden brachten es noch zu Errungenschaften. Heute steht die Organisation gestärkter da als vordem.

Der Abschluß des Buchdruckerhilfsarbeitertarifes fand bei den Berliner Mitgliedern des Verbandes heftigen Widerstand. Diese blieben überhaupt den örtlichen Verhandlungen fern, und als dann Vertreter des Zentralvorstandes den Abschluß vollzogen, kam es zu einem Zusammenstoß zwischen diesem und der Berliner Zählstelle. In einer stark besuchten Versammlung der Arbeiter wurde eine Erklärung des Zentralvorstandes verlesen. Es hieß darin, der Zentralvorstand halte es für einen Fehler, daß keine Vertreter der Berliner Organisation zu den Verhandlungen gingen. Er hätte es für eine große Schädigung der Berliner Arbeiter angesehen, wenn ein Tarifabschluß nicht zustande gekommen wäre. Die Versammlung ließ sich durch die Ausführungen des Zentralvorstandes jedoch nicht überzeugen. Sie erklärte einstimmig, daß dem Zentralvorstand ein Recht zur Abschließung eines Tarifs für Berlin nicht zugestanden habe. Die Berliner hätten ihre Lohnkommission, und die Verhandlungen seien örtlich gewesen. Wäre mit den Unternehmern kein Tarifabschluß zustande gekommen, so hätten sie zeitweilig tariflos gearbeitet. Die Versammlung beschloß, die Mittel, die Berlin für die Hauptverwaltung aufzubringen hat, so lange zu verweigern, bis der nächste Verbandstag gesprochen habe. — In einer Reihe anderer Städte sind inzwischen örtliche Tarife bereits abgeschlossen worden auf Grund der Bedingungen, die die zentrale Verhandlungskommission festgesetzt hat.

Im Steindruckgewerbe wird der Kampf mit aller Heftigkeit weitergeführt. Wiederholt angeknüpfte Verhandlungen hatten keinen Erfolg, weil die Unternehmer bei der Festsetzung der Arbeitszeit auf Bedingungen bestehen, die eine Verschlechterung der bisherigen Bestimmungen bedeuten. In Leipzig wurden indessen schon mit 30 Firmen Abschlüsse getroffen, ebenso fanden Einigungen anderwärts statt, darunter auch mit einigen größeren Firmen in Berlin, Hamburg, Hannover, Frankfurt und anderen Städten. Der Verband wird den Kampf bis zum siegreichen Ende durchzuführen.

Der Verband der Bäcker veröffentlicht bereits eine Zusammenstellung der im Jahre 1911 durch Lohnkämpfe erzielten Erfolge.

Trotz der Bemühungen der Gelben und der tarifgegnerrischen Unternehmer im Gewerbe hat der Verband wiederum schöne Fortschritte gemacht und tatkräftig für die Verbesserung der Lebenslage seiner Mitglieder gewirkt. Die Revolver, die die Arbeitswilligen mit polizeilicher Erlaubnis tragen, richten sich nunmehr auch bereits gegen Unternehmer. In Lübeck hatte eine Firma sich Streikbrecher aus Hamburg kommen lassen. Zunächst bedrohten die edlen Brüder die Streikposisten mit dem Revolver. Doch auch dem Unternehmer fuchtelten die lieben Arbeitswilligen mit den Schußwaffen unter der Nase herum, als er sie wegen schlechter Arbeitsleistung zu schelten wagte. Da der Bedrohte ein Unternehmer war, so gelang es ihm, die mordlustigen Arbeitswilligen verhaften zu lassen. Daraufhin klagten diese noch auf 70 Mk. Lohn wegen Nichterhaltung der Kündigungsfrist. Aber trotz alledem werden Regierung und Scharfmacher neue verschärfte Strafbestimmungen zum Schutze solcher Arbeitswilligen fordern! Klassenstaat!

Ein neues Organ für Arbeiterrecht gibt die Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands als Beilage des „Korrespondenzblattes“ heraus, dessen erste Nummer der Nr. 2 des „Korrespondenzblattes“ beigegeben wird. Damit hat die Generalkommission einem Wunsche der zweiten Konferenz der Arbeitersekretäre 1911 zu Dresden entsprochen. Die „Arbeiterrechtsbeilage“ soll monatlich einmal im Umfang von acht Seiten, später nach Bedarf in größerem Umfang erscheinen. In dem neuen Blatt sollen die Gebiete der Arbeiter-, Angestellten- und Privatversicherung, des Arbeits- und Dienstvertrages, des bürgerlichen Rechts, des Koalitions-, Vereins- und Versammlungsrechts, des Prehrechts, des Strafrechts und des Zivil- und Strafprozedurwesens sowohl durch Genossen, die in der Praxis des Arbeiterrechts tätig sind, als auch durch Sachverständige, juristische und ärztliche Mitarbeiter behandelt werden. Die „Arbeiterrechtsbeilage“ soll sich indes auf Abhandlungen in der Praxis des Arbeiterrechts beschränken, während alle Fragen der Reformen nach wie vor im „Korrespondenzblatt“ selbst erörtert werden. #

Notizenteil.

Dienstbotenfrage.

Angemessenes Kostgeld. Seit dem Jahre 1899 besteht in Hamburg die reformierte Gefindeordnung. In dieser ist in § 30 Absatz 2 ausgesprochen, daß ein „angemessenes Kostgeld 1 Mark für den Tag“ beträgt. Der § 27 dieser Gefindeordnung spricht gleichfalls von dem „angemessenen Kostgeld“ und zwar, indem er in der Erläuterung auf den § 30 hinweist. Nun kann aber heutzutage 1 Mark unmöglich mehr als „angemessenes“ Kostgeld angesehen werden. Die Hamburger Ortsgruppe des Zentralverbandes der Hausangestellten beschloß daher in einer Mitgliederversammlung im August 1911, an Senat und Bürgerschaft der Freien und Hansestadt Hamburg eine Eingabe zu richten und eine Erhöhung des Kostgeldes von 1 Mk. auf 1,60 Mk. zu fordern. Zur Begründung dieses Gesuchs wurde in der Eingabe folgendes ausgeführt:

Die Fälle, in denen bei Abschluß des Dienstvertrags über das eventuell zu zahlende Kostgeld keine Abmachungen getroffen worden sind, und in denen demgemäß der in § 30 Absatz 2 der Dienstbotenordnung vorgesehene Beitrag von 1 Mk. für den Tag in Betracht kommt, bilden, wenn nicht die Regel, so doch die übergroße Mehrzahl. Der Betrag von 1 Mk. pro Tag ist aber in Rücksicht auf die in den letzten Jahren ganz allgemein eingetretene Verteuerung der notwendigsten Lebensmittel viel zu gering, um damit die einfachsten Bedürfnisse eines auf sich selbst angewiesenen jungen Mädchens bestreiten zu können. So berechnet, mit nur ein Beispiel anzuführen, das hiesige Mädchenheim in der Alstertwiete, das doch sehr mäßige Preise hat, für Kaffee mit Brot (morgens) 15 Pf., für Milch und Brot (Frühstück) 20 Pf., für Mittagessen 45 Pf., Kaffee (nachmittags) 15 Pf., Milch und Brot (abends) 20 Pf.; dazu für Nachlogis 30 Pf., ergibt eine Tagesausgabe von 1,45 Mk. Für die Befriedigung sonstiger kleiner, aber notwendiger Bedürfnisse ist dann noch nichts berechnet. Die beantragte Summe von 1,60 Mk. dürfte daher wohl das mindeste sein, was für die in Betracht kommenden Fälle als Kostgeld zu gewähren wäre. Wir wollen nicht unterlassen, zu bemerken, daß durch eine angemessene Erhöhung des Kostgeldes auch manches Dienstmädchen, das wegen zu geringen Kostgeldes gezwungen sein würde, einen anderen Beruf zu ergreifen, ihrem bisherigen Beruf erhalten bliebe. Zum Schluß gestatten wir uns noch, darauf hinzuweisen, daß auf einen aus gleichen Motiven entsprungenen Antrag der Mitglieder der Ortsgruppe Berlin unseres Verbandes der Polizeipräsident von Berlin den Kostgeldsatz auf 1,60 Mark erhöht hat. Da für den Lebensunterhalt in Berlin nicht höhere

Aufwendungen erforderlich sind als in Hamburg — eher geringere — glaubt der unterzeichnete Vorstand auf einen für die Dienstboten günstigen Bescheid seitens eines Hohen Senats hoffen zu dürfen.

Als Antwort auf diese Eingabe erhielt die Bevollmächtigte des Verbandes der Hausangestellten, Ortsgruppe Hamburg, anfangs November ein Schreiben der Polizeibehörde, das sie ersuchte, „sich zwecks Besprechung über das an einen Hohen Senat gerichtete Gesuch um Erhöhung des Kostgeldes für Dienstboten einzufinden“. Diese Besprechung mit der Polizeibehörde fand am 9. November 1911 statt. Der Herr Polizeinspektor betonte zunächst, daß er seinerzeit die „Reformierung“ mitgemacht habe. Um so befremdlicher war darum seine Behauptung, der § 30 der Hamburger Gefindeordnung sei seines Wissens noch nie in Anwendung gekommen, für uns läme nur § 27 in Betracht, und darin stünde nicht, wie hoch ein „angemessenes“ Kostgeld sei. Nun weist aber dieser § 27 in der Erläuterung eben auf § 30 hin, der 1 Mk. als Kostgeld festsetzt. Auch hat ein Polizeinspektor Köpke im März 1899 die Hamburger Dienstbotenordnung für den praktischen Gebrauch bearbeitet und mit Anmerkungen versehen, und in dieser Bearbeitung heißt es in Bezug auf § 30: „Als angemessenes Kostgeld wird 1 Mk. pro Tag angenommen.“ Der Herr Polizeinspektor gab auf meine Einwendungen schließlich die Antwort: Über angemessenes Kostgeld müßte der Richter entscheiden, sie (die Polizeibehörde) kümmere sich ja auch nicht darum, ob ein Mädchen, das um Lohn und Kostgeld klagt, auch schon wieder in neuer Stellung sei. Warum man wegen des Kostgeldes einen so großen Apparat wie die Bürgerschaft in Bewegung setze? Unsere Eingabe und die Besprechung mit der Polizeibehörde war also erfolglos. Wir haben insolge dessen unsere Mitglieder ermahnt, daß sie, falls sie Kostgeld zu fordern haben und die Forderung polizeilich geschlichtet werden muß, 1,60 Mk. als das mindeste verlangen und auf keinen Fall unter diese Forderung heruntergehen. Ist auf der Polizei keine Einigung zu erzielen, so sollen sie uns sofort Mitteilung machen, damit wir auf gerichtlichem Wege feststellen lassen können, wieviel ein „angemessenes“ Kostgeld beträgt. Außerdem bleibt uns noch der Weg offen, unseren Antrag an die Vertreter der Bürgerschaft zu wiederholen. Pflicht unserer Mitglieder ist es, uns in diesem Kampfe um die Erhöhung des Kostgeldes zu unterstützen dadurch, daß sie uns alle strittigen Fälle melden und uns die Bezirksbüros namhaft machen, auf denen die Klage anhängig gemacht ist, und mitteilen, welche Einwendung der Kommissar gegen die Forderung von 1,60 Mk. gemacht hat. So müssen wir versuchen, Schritt für Schritt durch Verfolgung jedes einzelnen Falles zu unserem Ziele durchzubringen. Luise Kähler.

Soziale Gesetzgebung.

Heimarbeiterinnenschutz in Frankreich. Der französische Arbeitsminister hat eine Vorlage über den Minimallohn der Heimarbeiterinnen ausgearbeitet. Sie schließt sich an den vom obersten Arbeitsrat verfaßten Vorentwurf an und enthält folgende Hauptbestimmungen: Artikel 1. Die Frauen, die zu Hause bei der Konfektion von Wäsche, Handstickerei, Kleidern, Hüten, Schuhen, künstlichen Blumen und allen anderen der Bekleidungsindustrie angehörenden Gegenständen für Lohn arbeiten, dürfen keine Bezahlung erhalten, die geringer ist als der in dem Bezirk übliche Lohn, der den nichtqualifizierten und im Taglohn stehenden Arbeiterinnen gezahlt wird, die mit den entsprechenden Arbeiten beschäftigt sind. Der Tarif soll einer Arbeiterin von mittlerer Geschicklichkeit ermöglichen, diesen Lohn in zehn Stunden zu erwerben. Die Höhe dieses Taglohns wird von den Gewerbebehörden festgestellt, die die Ergebnisse ihrer Untersuchungen veröffentlichten. Artikel 2. Die Stücklöhne sollen von jedem Unternehmer, der Heimarbeiterinnen beschäftigt, auf einer Karte oder einem Heft eingetragen der Arbeiterin bekannt gegeben werden. Die Lohnsätze für die in Serien hergestellten Artikel müssen für die Dauer in den Lokalen ausgehängt bleiben, wo die Arbeiterinnen den Rohstoff empfangen und die fertige Ware abliefern. Artikel 3. Dem Gewerbegericht fällt die Entscheidung über alle Streitigkeiten zu, die mit dem Inhalt dieses Gesetzes in Zusammenhang stehen. Artikel 4. Um die Stücklöhne entsprechend dem Zeitlohn festzulegen, können die Gewerbebehörden Enquêtes veranstalten und Unternehmer und Arbeiterinnen vorladen. Artikel 5. Der Unternehmer, der den Bestimmungen des Artikels 2 zuwiderhandelt, kann vor das Polizeigericht gezogen und zu einer Buße verurteilt werden. Die Gewerbeinspektoren sind neben den Polizeibeamten beauftragt, die Übertretungen dieses Gesetzes festzustellen. Die Vereine, die durch ein Dekret dazu berechtigt sind, können die sich aus diesem Gesetz ergebenden Zivilklagen austragen, ohne einen Schaden für sich nachweisen zu müssen. Artikel 7. Die Beschwerden der Arbeiterinnen

müssen innerhalb acht Tagen nach der Lohnzahlung eingebracht werden.

Die Vorlage ist das Resultat der vom Ministerium veranstalteten großen Enquete über die Lage der Heimarbeiterinnen. Die furchtbaren Ergebnisse dieser Erhebung werden es selbst den herzlosesten und verbohrtesten Bourgeoispolitikern unmöglich machen, den ausgedeuteten aller Proletarierinnen ein Minimum von gesetzlicher Schutze zu verweigern. Die Vorlage stellt das Prinzip eines Minimallohns auf, und das ist immerhin ein bedeutender Fortschritt. Auch wird das im Artikel 6 vorgesehene Recht der Klageerhebung durch die Gewerkschaften der Durchführung der Gesetzesbestimmungen erheblich zugute kommen und hoffentlich den Arbeiterinnen einiges Interesse für ihre bisher total vernachlässigte Organisation einflößen. Andererseits weist der Entwurf allerdings arge Lücken und Mängel auf. Sie bei der parlamentarischen Beratung zu beseitigen, wird das eifrige Bemühen der sozialistischen Abgeordneten sein. So ist es zweifellos ungerecht, die Heimarbeiterin von „mittlerer Geschicklichkeit“ im Lohn der unqualifizierten Werkstattarbeiterin gleichzustellen. Das um so mehr, als die Heimarbeiterin doch dem Unternehmer Unkosten erspart. Gefährlich ist die Bestimmung des Artikels 7 über die Höchstfrist von acht Tagen für die Anmeldung von Beschwerden. Aus Furcht, keine Beschäftigung mehr zu erhalten, werden wohl die auf Arbeit angewiesenen Frauen in den seltensten Fällen schon nach einer Woche sich beschweren. Es würde sich zum Beispiel besonders bei Saisonarbeiterinnen ergeben, daß diese nur für die letzte Arbeitswoche Klage zu erheben, Forderungen zu stellen wagen. Daneben besteht die Hauptgefahr, daß das Schutzesetz, wie so manches andere vor ihm, durch die Unternehmer und die reaktionären Gerichte unwirksam gemacht wird. Gerade auch bei der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze erweist es sich in Frankreich, daß die kraftvolle und zielbewußte gewerkschaftliche Organisation des Proletariats noch fehlt. O. P.

Frauenstimmrecht.

Die Stellungnahme des preussischen Landesvereins für Frauenstimmrecht zu den Reichstagswahlen wird durch diesen Aufruf gekennzeichnet:

„Am 12. Januar 1912 wird das deutsche Volk vor eine Entscheidung gestellt, wie sie seit Jahrzehnten nicht an es herangetreten ist. Es gilt den Kampf für Freiheit und Recht! Es gilt die Überwindung der Reaktion! Es gilt die Erringung einer höheren und gerechten Entwicklung der wirtschaftlichen, geistigen und sittlichen Zustände im deutschen Volksleben!

Frauen Preußens! Auch ihr gehört zum Volk, aber ihr besitzt keine Staatsbürgerrechte! Vor dem Gesetz seid ihr keine Staatsbürger; denn ihr habt kein Recht, an der Gesetzgebung teilzunehmen. Ihr seid keine Wähler. Ihr könnt nicht gewählt werden. Es fehlt euch das Stimmrecht, ihr seid in der Gesetzgebung einflusslos!

Frauen Preußens! Dem Reichstag von 1907 bis 1912 hat eine Anzahl wichtiger Gesetze vorgelegen, die das Frauenleben mitbetrafen. Die Reichsversicherungsordnung, das Hausarbeitsgesetz, die Privatangestelltenversicherung — alle diese Gesetze greifen tief in die Gestaltung des wirtschaftlichen Lebens der Frau und ihrer Stellung im Staatsleben ein. Die Forderungen, die die Frauen zu diesen Gesetzen gestellt haben, sind nicht erfüllt worden. Die Regierung stellte ihnen stets ein Unannehmbar entgegen, und die bürgerlichen Parteien unterstützten diese Forderungen der Frauen nicht mit dem wünschenswerten Nachdruck. Ihr zahlt dieselben Steuern wie die Männer, ihr leistet soziale Pflichten, ihr arbeitet in euren Berufen, ihr erfüllt eure Aufgaben in Heim und Familie, ihr müht eure Kinder erziehen, aber ihr seid rechtlos!

Frauen Preußens! Fordert das Frauenstimmrecht, damit ihr Staatsbürgerinnen sein könnt. Verlangt von jedem Kandidaten, daß er für euer höchstes Recht eintritt. Keinem Kandidaten Arbeits- und Hilfeleistung irgendwelcher Art, der nicht verspricht, für dieses Recht zu kämpfen. Es gilt am 12. Januar eine Volksvertretung zu schaffen, die gewillt ist, für das ganze Volk, für Männer und Frauen Recht und Freiheit zu schaffen.

Frauen, helft dazu! Ihr könnt es, indem ihr eure Väter, Brüder, Söhne veranlaßt, daß sie ihre Pflicht erfüllen und Männer wählen, die gewillt sind, dem ganzen Volke ohne Unterschied der Klassen und des Geschlechts Freiheit und Recht zu erobern. Solche Volksvertreter allein bieten auch den Frauen die Gewähr der Erfüllung ihrer Forderung und der Erlangung des Staatsbürgerrechts. Das Staatsbürgerrecht wird aber nur durch das Stimmrecht gewährleistet. Frauen Preußens, tretet daher ein in unsere Stimmrechtsbewegung, die den Kampf führt für die Gewinnung des Staatsbürgerrechts für alle Frauen.“

Der Aufruf ist nicht eben ein Muster von Klarheit und Entschiedenheit. Aber das durfte er auch angesichts der Verfahrenheit in dem Frauenstimmrechtsverein nicht sein. Wo wäre die heilige „Neutralität“ geblieben, wenn der Verein seine Mitglieder aufgefordert hätte, nur Kandidaten zu unterstützen, die sich in bindender Form zum Kampfe für das Frauenstimmrecht verpflichteten? Die Frauenstimmrechtsdamen mußten freie Hand behalten, ihrem bürgerlichen Klasseninteresse gemäß für alle möglichen und unmöglichen bürgerlichen Kandidaten einzutreten, auch wenn diese für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts höchstens ein geringfügig-liebenswertes Lächeln übrig haben. In dem Rebel der bescheidenen Ansprüche des Aufrufs sind alle politischen Kräfte grau. So konnte Fräulein Lischnewska, eine der Führerinnen der Frauenstimmrechtsbewegung, die bürgerlichen Frauen zur Unterstützung der Fortschrittler Kommunen und Kämpfe sammeln. Beide sind im Kampfe für Frauenrechte ganz unsichere Kantontisten, beide standen gegen Sozialdemokraten, die durch ihr Programm zum Eintreten für das Frauenstimmrecht verpflichtet sind. Doch was verschlägt das? Die Fortschrittler wollen die Klassenherrschaft erhalten, die umfängerischen Sozialdemokraten wollen sie brechen. Wie könnte da ein gut bürgerliches Gemüt im unklaren über die Entscheidung sein? Das Kleid macht nicht den Mann, das Geschlecht befreit nicht von den Ketten des bürgerlichen Klasseninteresses. Das ist kein Vorwurf gegen die Frauenrechtlerinnen, sondern nur die Feststellung einer Tatsache. Was wir den Damen vorwerfen, das ist nur ihr Leugnen oder eben ihr Nichtverstehenwollen der Tatsache, die mit Händen zu greifen ist.

Für das Frauenstimmrecht demonstriert haben die bürgerlichen Frauenrechtlerinnen in Hamburg. Richtiger hieße es wohl, sie haben gegen bare Zahlung für das Frauenwahlrecht demonstrieren lassen. Vor den Wahllokale sah man am 12. Januar neben den weißen Standarten mit den Namen der Kandidaten auch rote mit der Aufschrift: „Warum dürfen die Frauen heute nicht wählen?“ Aber es waren nicht die bekannten schneidigen Führerinnen der Frauenstimmrechtsbewegung in Hamburg, die die Standarten trugen. Es waren auch nicht begeisterte bürgerliche Anhängerinnen des Frauenstimmrechts. Proletarierinnen in ärmlichen Gewändern standen als Bannerträgerinnen der Forderung auf Posten. Nicht um für das Frauenwahlrecht zu demonstrieren — das tun die Proletarierinnen, indem sie mit der Sozialdemokratie kämpfen —, sondern um zu verdienen. Die englischen Suffragettes haben durch ihre Demonstrationen die Aufmerksamkeit weiter Kreise auf die Forderung des Frauenwahlrechts gelenkt. Also demonstrieren wir auch in Deutschland. Aber in die Straßen hinaussteigen? Meine Liebe, denken Sie im Ernst daran! Bei der Kälte und den anderen Unannehmlichkeiten! Wozu gäbe es arme Frauen, die an Kälte, Mißgunst und Verachtwerden gewohnt sind? Wozu hätten wir unser Geld? Wir können ja zwei Fliegen mit einer Klappe schlagen, für unser Ziel demonstrieren und noch als „Wohltäterinnen“ arme Weiber unterstützen. Bleiben wir also in unserem molligen Boudoir. Und so geschah es. Das Demonstrieren kann gewiß eine gute Sache sein. Wer aber demonstrieren will, der muß sich auch mit seiner Person für seine Forderung einsetzen. Wer mit seinem Geld statt mit seiner Person demonstriert, macht sich lächerlich und verächtlich.

Die demokratische Begeisterung für die politische Gleichberechtigung des weiblichen Geschlechts hat in Frankfurt a. M. eine eigentümliche Beleuchtung erfahren. Frau Meta Hammer-schlag, eine Führerin der Frauenstimmrechtsbewegung, wollte als konsequente Kämpferin für das Bürgerrecht ihres Geschlechts am 12. Januar als Listenführerin für die sozialdemokratische Partei fungieren. Sie meldete sich im Wahllokal kaufmännischer Verein. Der „entschieden“ liberale Wahlvorstand wies sie mit der Begründung aus: Eine Frau habe keinen Zutritt zum Wahllokal. Der Schall der Worte ist kaum verklungen, mit denen Fortschrittsgrößen Erde für ihren tiefen Respekt vor dem Frauenrecht schwuren. Die Praxis schreibt den Kommentator dazu.

Der erste italienische Frauenstimmrechtskongress hat in Turin stattgefunden. Er war von 150 Delegierten besucht. Offizielle Vertreter des Magistrats versicherten dessen Wohlwollen für die Sache des Frauenwahlrechts, ebenso hervorragende Literaten und Gelehrte.

Frauenbewegung.

Die katholischen Frauen für den Wahlkampf zu mobilisieren, ließ sich das Zentrum aufs eifrigste angelegen sein. Seine Zeitungen, Flugblätter und Reden quälten sich an der Aufgabe ab, den Frauen nachzuweisen, daß „die Partei für Wahrheit, Freiheit und Recht“ jederzeit im allgemeinen und bei der Reichsversicherungsordnung im besonderen die Interessen und Rechte der Frauen ver-

leidigt habe. „Katholische Frauen, tretet ein für euren heiligen Glauben,“ so lautete der Ruf, der die „politisch unreifen“ Frauen in die Zentrumsversammlungen führen sollte. Zu der Kleinarbeit des Wahlkampfes wurden Frauen herangezogen. Kurz, das Zentrum verbrannte wieder einmal, was es früher angebetet hatte: den Grund, daß die Frau sich mit ihrem Tun auf das Haus beschränken müsse; es betete an, was es früher verbrannt hatte: die Beteiligung der Frau am politischen Leben. Dieser vollständige Frontwechsel ist ein Eingeständnis, daß dem Zentrum die Not an der Kehle sitzt, daß es den Abmarsch proletarischer Massen ins Lager der „Roten“ fürchtet, die Quittung über seinen fortgesetzten Verrat der Arbeiterinteressen. Die Frauen sollen helfen, die Männer beim Zentrum zu halten. Ihre Beeinflussung durch den Reichstisch allein aber tut nicht mehr seine Schuldigkeit. In diesen bösen Zeitläufen, wo die Massen ihre Rechtlosigkeit als Schmach und Schaden zu empfinden beginnen, wo sie sich nicht mehr bücken, wo sie handeln wollen, in diesen bösen Zeitläufen müssen auch den Frauen Konzessionen gemacht werden. Helfe, was helfen mag. Frauen heraus, um dem Zentrum die Mandate zu erhalten! Der Frontwechsel des Zentrums in der Sache ist aber auch eine unausgesprochene Anerkennung der Leistungen unserer Genossinnen. Ihr Beispiel hat erkennen lassen, welchen Gewinn die politischen Parteien davon haben, wenn auch die Frauen ihre ganze Kraft in ihren Dienst einsetzen. Wer A sagt, muß auch B sagen. Wenn das Zentrum die politische Mitarbeit der Frau anerkennt und nützt, so muß es auch den Rechtsanspruch des weiblichen Geschlechts auf seine politische Emanzipation anerkennen und verteidigen lernen. An den katholischen Frauen liegt es, die Herren Zentrümser recht bald zu der Logik dieses Fortschritts zu erziehen.

Verschiedenes.

„Eine alltägliche Geschichte“ gab Dr. med. Marie Kaufmann Gelegenheit, an dieser Stelle eine Frage aufzuwerfen, die für manches unbemittelte Mädchen von Wichtigkeit sein kann. Zu ihren Ausführungen in Nr. 7 der „Gleichheit“ möchte ich ergänzend und berichtend nachstehendes bemerken. Es handelt sich um die etwaigen Rechtsansprüche eines armen Mädchens, das von einem der besitzenden Klasse angehörenden Verführer im Stich gelassen wird. Dr. med. Marie Kaufmann schreibt dazu: „Mir will scheinen, daß die §§ 1715 und 1800 des Bürgerlichen Gesetzbuchs darüber Aufschluß geben. Nach § 1715 ist der Mann verpflichtet, der unehelichen Mutter die Kosten der Entbindung sowie die Kosten des Unterhalts für die ersten sechs Wochen nach der Entbindung zu ersetzen, ebenso auch die weiteren Aufwendungen, die infolge der Schwangerschaft oder Entbindung notwendig werden. Der Anspruch steht der Mutter auch zu, wenn das Kind tot geboren ist.“ So weit, so richtig. Jedoch für den vorliegenden Fall kommt dieser § 1715 gar nicht in Betracht. Nach der Einwendung handelte es sich nicht um die normale Geburt eines Kindes, sondern um die vorzeitige Entfernung einer Frucht (Abortus). Voraussetzung für die Ansprüche aus § 1715 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist aber die Geburt eines Kindes. Im Falle einer Fehlgeburt (Abortus) stehen der Mutter die im § 1715 erwähnten Ansprüche nicht zu. So haben sich Bland, Staudinger, Blume, Dernburg, Jastrow, Christiani und andere Rechtslehrer geäußert, so sind schon Entscheidungen gefallen. Juristische Künstelei hat fertig gebracht, was der Laie mit gewöhnlichem Menschenverstand nicht begreifen kann. Soweit es sich um die Geburt eines Kindes handelt, kann die Mutter den Anspruch aus § 1715 des Bürgerlichen Gesetzbuchs geltend machen, auch wenn das Kind tot geboren ist oder während der Geburt stirbt. Hat hingegen die Geschwängerte eine Fehlgeburt, so steht ihr rechtlich keinerlei Entschädigung zu für die durch die Schwangerschaft und ihre Folgen entstehenden Kosten. Nur persönliche Gründe können in diesem Falle den Schwängerer bestimmen, zu den Aufwendungen mit beizutragen, eine rechtliche Geltendmachung der Ansprüche wäre bei einer Fehlgeburt wirkungslos. Auch der Anspruch aus § 1800 des Bürgerlichen Gesetzbuchs ist nicht so leicht mit Erfolg geltend zu machen. Es heißt dort: Hat eine unbefohlene Verlobte ihrem Verlobten die Verlobungsgestattung, so kann sie, wenn die Voraussetzungen des § 1298 oder des § 1299 vorliegen, auch wegen des Schadens, der nicht Vermögensschaden ist, eine billige Entschädigung in Geld verlangen. Voraussetzungen des Anspruchs aus dem vorgenannten Paragraphen sind erstens, daß ein rechtswirksamer Verlobungsvertrag vorliegt. Das hat die klagende Braut zu beweisen. Sie hat ferner zu beweisen, daß zweitens sie dem Verlobten die Verlobungsgestattung hat; daß drittens der Bräutigam ohne wichtigen Grund vom Verlobnis zurückgetreten ist (§ 1298) oder den Rücktritt der Braut durch einen wichtigen Grund veranlaßt hat (§ 1299). Hinzu kommt der Nachweis der Unbefohlenheit der Braut und des Schadens, den sie erlitten

hat. Die Höhe der nach § 1800 zuzubilligenden Entschädigung hat der Richter unter Berücksichtigung aller einschlägigen Verhältnisse — insbesondere des Standes und Vermögens der Verlobten — nach freiem Ermessen festzusetzen. Die Ehre einer Arbeiterin wird also nach ihrem Stande abgeschätzt, und dieser Stand gilt der bürgerlichen Gesellschaft als der niederste. Bei der Verlobung der Anprückerin aus § 1800 des Bürgerlichen Gesetzbuchs bereitet es oft besondere Schwierigkeiten, das Vorliegen eines Verlobnisses zu beweisen. Unter „Verlobnis“ ist das abgegebene Eheversprechen zu verstehen. Nach dem Bürgerlichen Gesetzbuch kann der Verlobnisvertrag (das Eheversprechen) formlos geschlossen werden; auch eine besondere Art der Bekanntmachung, Wechsel der Ringe und dergleichen, ist zur Gültigkeit nicht erforderlich. Gar häufig wird einem Mädchen die Ehe ernstlich versprochen, ohne daß Zeugen zugegen sind, oder ohne daß das Verlobnis in äußerer Form bekundet wird, wie durch die Anschaffung von Verlobungsringen. Unter solchen Umständen ist es dann im Prozeßverfahren oft sehr schwierig, das Vorliegen eines Eheversprechens des Bräutigams vor dem Geschlechtsverföhrer zu beweisen. In diesem Falle können aber Briefe und Postkarten mit ihrem Inhalt manchmal sehr nützlich sein, desgleichen Äußerungen des Bräutigams dritten Personen gegenüber. Auch bei dem vorliegenden Gegenstand kommt es zum Ausdruck, daß die Rechtsordnung des Bürgerlichen Gesetzbuchs zugunsten der Besigenden zugeschnitten ist. Arbeitersekretär P. Nislaw, Kiel.

Christen? Am Spätnachmittag eines bitterkalten Novembertags fuhr ich zu einer Versammlung nach Luzern. In meinem Wagenabteil saßen drei wohlgenährte geistliche Herren, die, nach ihrem Gespräch zu urteilen, im frommen Österreich recht gut bezahlte Pfünden inne haben mußten, und ein junger Mann — ein Proletarier, wie mir sein ganzes Äußeres verriet, ein Jude, wie mir sein Gesicht sagte. Dies Gesicht zeigte fast schmerzhaft scharf jenen erschütternden Zug, den nur der große Furchtbare zu zeichnen vermag: der Hunger. Der Mann zitterte vor Kälte. Die blaugeflorenen Hände zogen immer wieder den dünnen Mantel um die Glieder. Ich bat ihn, er möge die dicke Reisfededecke und den Imbiß an sich nehmen, die mir die mütterliche Fürsorge einer Genossin in Bern auf den Weg gegeben hatte. Nach kurzem Zaudern nahm der junge Mann mein Anerbieten an. Dann begann er mir in gebrochenem Deutsch von der Veranlassung und dem Ziele seiner Reise zu erzählen.

Ein Jude war er, — ja, aber einer, wie man ihn nicht alle Tage findet. Seine Wiege hatte in Bethlehem gestanden, und dort hatte er eine alte Mutter zurückgelassen, als er ging, in weiter Fremde sein Brot zu suchen. Vier Jahre hatte er sich herumgeschlagen, da und dort, zuletzt in Deutschland. Immer von dem Streben geleitet, ein Stückchen zu ersparen, um damit der Mutter einen friedlichen Lebensabend zu bereiten. Und nun hatte sie ihn gerufen — an das Sterbebett —, um ihn noch einmal zu sehen. Trauervolle Sehnsucht, schmerzlichste Ungeduld trieben ihn auf den Heimweg. Aber seinbeutel war zu knapp, er konnte nur langsam vorwärts kommen. Von Luzern wollte er nach Italien, und von dort hoffte er sich bis zur Heimat durcharbeiten zu können. Wochen werden vergehen, bevor er sein Ziel erreichen kann. Wird dann der Tod die treuen Augen der Mutter schon gebrochen haben, oder wird ein gütiges Geschick ihr das Glück gönnen, ihr Kind noch einmal zu sehen, ihm segnend die Hand auf den Scheitel zu legen?

Ich las die hange Frage in den nassen Augen des Mannes vor mir, und da fühlte ich, wie erbärmlich ein Trost, wie unsäglich arm die Sprache ist, wenn eine solche Frage Antwort heischt. Wir saßen an einem kleinen Tischchen vorbei. Die Lichter blinkten friedlich durch die Dämmerung, und die Feiertagsglocke klang zu uns herüber. Die geistlichen Herren entblöhten fromm die Häupter und sprachen ihren Abendsegen. Mich nahm die Erinnerung gefangen an jenen anderen Juden aus Bethlehem, der nach den Evangelien sein großes heißes Herz aus der Brust gerissen, um es als leuchtenden Wegweiser reiner Liebe den Menschen auf den Pfad zu stellen. Und einen Augenblick war es mir, als müßte dieser Jude da hereintreten, um die Pharisäer zu vertreiben, die seinen Namen auf den Lippen trugen, ohne sich in liebevollem Troste zu dem Schmerze des Unglücklichen zu neigen. Die Vision entschwand. Die Priester hatten ihr Gebet vollendet, ihrer Pflicht als christliche Hirten genügt. Hochmütig drohend saßen die kalten grauen Augen des einen zu mir herüber, als ich meine Varschaft mit dem armen Teufel teilte. Den Nachfolgern schien das Wort ihres Meisters fremd geworden: Was ihr dem Geringsten meiner Brüder tut, das habt ihr mir getan. b. a.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Clara Zetkin (Hundel), Wilhelmshöhe, Volk Zeigerloch bei Stuttgart.

Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.